

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

82 (7.4.1914)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abon-  
nementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.  
85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr.  
Postfachkonto Nr. 2850.  
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate  
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 19 Uhr vorm., für größere Inserate  
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

### Politische Gewerk- schaften.

Eine der kompliziertesten Fragen der Gegenwart ist durch einen Jagow-Erlaß vom 1. April in höchst einfacher Weise geregelt worden. Seit Jahrzehnten streitet man innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung über das Verhältnis der Gewerkschaften zur politischen Partei. Als die Gewerkschaften in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, getrennt von der Partei und nicht ohne gelegentliche Konflikte mit ihr einen überraschenden Aufschwung zu nehmen begannen, da prophezeigten bürgerliche Nationalökonomien die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, und selbst in der Regierungspolitik machten sich gelegentliche Ansätze bemerkbar, das Gewerkschaftswesen — wie man damals meinte, auf Kosten der Partei — zu fördern. Diese im Sinne der Gegner sehr hoffnungsvollen Entwicklungstendenzen wurden aber durch die Einbringung des Buchausgesetzes jählings unterbrochen, und die seit dem nie ruhende Fege gegen das Koalitionsrecht hat das übrige getan, beide Zweige der Arbeiterbewegung zu einer festen Abwehrgemeinschaft zusammenzuschließen. Dieses für die Sozialdemokratie höchst erwünschte Ergebnis wird jetzt durch den Aprilerlaß des Berliner Polizeipräsidenten gefestigt, ein letzter ungeradezüglicher Keil wird um Partei und Gewerkschaft geschmiebt.

Herr v. Jagow hat durch diesen Erlaß die Absicht zu erkennen gegeben, die Gewerkschaften fortan als politische Vereine zu behandeln. Als solche sollen sie sich gemäß dem liberalen Vereinsgesetz von 1908, einer besonderen politischen Fürsorge zu erfreuen haben. Die Vereinsleistungen sind einzureichen, Namen, Stand und Wohnung der Vorstandsmitglieder sind der Polizeibehörde bekannt zu geben. Tritt das Oberverwaltungsgericht der politischen Entscheidung bei, dann werden die Gewerkschaften in Berlin und andernorts von den sozialdemokratischen Wahlvereinen nicht mehr voraushaben; sie werden genau den gleichen politischen Schikanen ausgesetzt sein. Das System von Zuderbrot und Peitsche ist damit endgültig aufgegeben, es gibt in Zukunft nur noch die Peitsche.

Der Humor der Geschichte ist, daß diese entscheidende Wendung gerade auf Grund des liberalen Vereinsgesetzes herbeigeführt werden soll. Denn gerade die Liberalen waren es, die seinerzeit auf die selbständige Entwicklung der Gewerkschaften die stärksten Hoffnungen setzten. Der Ideal war der alte Typ der englischen Gewerksvereine, in denen es bei Strafe verboten war, politische Angelegenheiten zu erörtern. Während sich die englischen Gewerkschaften schon von der unheilbaren Ideologie eines politisch völlig geschlechtslosen Gewerkschaftertums abzuwenden begannen, sehen sie immer noch in der unpolitischen Gewerkschaft die Ketterin des Bürgerturns aus allen Revolutionsängsten. Und nun müssen sie es erleben, daß gerade auf Grund ihres Vereinsgesetzes von der Polizei dekretiert wird: Es gibt keine Neutralität! Partei und Gewerkschaft sind eins!

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften kein Mittel unbenutzt lassen werden, um den gegen sie gerichteten Schlag abzuwehren. Es ist ebenso selbstverständlich, daß sie sich in die neugeschaffene Lage, sobald sie sich als vorläufig unveränderlich erweist, hineinfinden werden. Der blühende Fortschritt, dessen sich die sozialdemokratische Partei unter politischer Obhut erfreuen darf, wird in ihnen jede Befürchtung zerstreuen, als ob ihnen durch Gesetzesparagrafen und Polizeiverfügungen der Lebenssaft abgeschnitten werden könnte. Ihren etwaigen Absichten, stärker und entschiedener als bisher zu den politischen Kämpfen der Gegenwart Stellung zu nehmen, wird aber dann auch nicht mehr die Rücksicht auf gesetzliche Benachteiligung entgegenstehen, die ihnen aus solcher Parteinahme erwachsen könnten. Wer einmal ins Wasser geworfen ist, braucht sich vor dem Nachwerden nicht mehr zu fürchten.

Die notwendige Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft wird aber gleichwohl auch durch Polizeierlasse nicht gestört werden. Die Gewerkschaft wird auch in Zukunft eine Organisation bleiben, die den Beitritt nicht vom Bekenntnis zu bestimmten politischen Überzeugungen abhängig macht. Die sittliche Pflicht der Solidarität, die Einsicht in die naheliegenden Vorteile, die die Organisation bietet, werden die stärksten Antriebe der gewerkschaftlichen Betätigung bleiben, wie die tiefere Erkenntnis in die Zusammenhänge des Klassenkampfes der Partei stets neue Anhänger werden wird. Für die Ausbreitung dieser tieferen Erkenntnis unter den gewerkschaftlich organisierten zu wirken, damit jeder Gewerkschaftler auch ein überzeugter Sozialdemokrat und organisierter Parteigenosse werde, wird nach der Erklärung der Gewerkschaften zu politischen Vereinen unbedenklicher geachtet sein als zuvor. So wird der Zwangserlaß gegen die Gewerkschaften zum Freibrief für die sozialdemokratische Propaganda. Kommt aber einmal eine Stunde, in

der es gilt, die großen Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse gegen den Widerstand der herrschenden Gewalten durchzusetzen, dann wird man die Gewerkschaften mit ihren starken Machtmitteln um so sicherer an der Seite der politischen Partei finden, je enger das Schicksal der beiden Organisationsformen miteinander verflochten ist. Wie einst das Sozialistengesetz mit der Partei zugleich auch die Gewerkschaften zu zertrümmern suchte, so wird auch in Zukunft kein Streich gegen die Sozialdemokratie geführt werden, der nicht zugleich auch die Gewerkschaften trafe. Beide werden untrennbar auf Gedeih und Verderb mit einander verbunden sein.

Indem die regierende Polizeiverwaltung die Gewerkschaften in eine noch engere Gemeinschaft mit der Partei hineinverflochten, zieht sie allerdings nur das Fazit aus einer Entwicklung, die sich der Arbeiterbewegung von selber aufdrängt. Sie glaubt den Wagen aufzuhalten. In Wirklichkeit schiebt sie ihn vorwärts!

### Reichstag, sei brav!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich in ihrem Wochenrückblick auch mit der Frage, ob der Reichstag geschlossen oder vertagt werden wird. Einleitend bemerkt das Organ Bethmann Hollwegs, man müsse davon ausgehen, daß die Verfassung die Schließung als Regel, die Vertagung als Ausnahme hinstellt; weiter sei zu prüfen, was etwa in dem gegenwärtigen Stande der parlamentarischen Arbeiten der Regel widerspricht und die Ausnahme empfiehlt. Der Reichstag habe vom 25. November 1913 bis zum 27. März 1914 69 Sitzungen abgehalten. Davon entfielen 48 Sitzungen auf den Etat, 11 auf die Beratung von anderen Regierungsvorlagen, 7 auf Interpellationen, 2 auf Initiativanträge, 5 auf Petitionen. Aus der vorangegangenen Arbeitsperiode habe der Reichstag neben einer Anzahl von Rechnungen und Berichten 8 Gesetzesentwürfe übernommen, von denen bis jetzt 2 erledigt sind. Seit der Vertagung am 30. Juni 1913 bis zu den Osterferien wurden 21 Gesetzesentwürfe eingebracht und davon 7 erledigt. Gegenüber diesem Gang der Reichstagsgeschäfte erhebe der Appell des Abgeordneten Bassermann an die Selbstsucht der Fraktionen beachtenswerten Wert. Der Reichstag habe die Verpflichtung, Selbstbeschränkung zu üben und die Länge und Zahl der Reden einzuschränken.

Dann wendet sich das Blatt gegen den Vorwurf, den Reichstag zu spät einberufen zu haben: „Nachdem der Reichstag in mühevoller und verdienstreicher Arbeit die Wehrvorlage und die Deckungsgesetze im Sommer 1913 erledigt hatte, entsprach es seinem eigenen begrifflichen Wunsch, erst Ende November wieder zusammen zu treten. Demgemäß wurde er bis zu diesem Termin vertagt.“ Im Anschluß hieran wird dem Reichstag folgender Rat gegeben: „Was die Gesetzesentwürfe betrifft, so ist es richtig, daß sie zum Teil nicht besonders dringlich sind. Ebenso richtig ist aber auch, daß sie zum Teil Materien behandeln, zu deren geziellicher Regelung der Reichstag seit Jahren drängt. Die verbündeten Regierungen wirken lange schon auf ein langames Tempo in der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen hin, weshalb es ihnen nur erwünscht sein könnte, sich künftig in dieser Auffassung mit den Ansichten des Reichstags zu begeben. Wir meinen auch, daß das Singögern der Erledigung des Etats mit der Reife der während des Winters eingebrachten minderwertigen Vorlagen nicht gerechtfertigt werden kann. Würde der Reichstag zu der alten guten Gewohnheit zurückkehren, den Etat vor dem 1. April fertigzustellen, so würde sich auch der Sessionsschluß meistens noch vor Pfingsten bewerkstelligen lassen, und es könnte dann auch die Einberufung zum Herbst in der Regel früher erfolgen.“

Endlich kommt die „Nordd. Allgem. Zeitung“ zu der Frage der Freikarten und zu der „Taktik der Nadelstiche“. Und sie sagt: „So wenig der Reichstag die in erster Linie die persönlichen Interessen seiner Mitglieder angehende Frage der Freifahrten mit staatlichen Interessen zu verquiden geneigt sein wird, so wenig kann die Regierung dem Gedankengange von Zeitungsartikeln folgen, die behaupten, der Reichstagskanzler wolle durch das mit dem Schluß des Reichstags eintretende Aufheben der Gültigkeit der Freikarten den Reichstag „bestrafen“. Die Willkürlichkeit einer solchen haltlosen Konstruktion erkennen haben andere Blätter als zwingenden Grund für die Vertagung ein immanentes Ehrenrecht jedes Abgeordneten auf unbeschränkte freie Benutzung aller deutschen Eisenbahnen ins Feld geführt. Solange dieses Postulat nicht in der Verfassung anerkannt ist, werden die verbündeten Regierungen daran festhalten müssen, daß eine Vertagung lediglich davon abhängt, ob sie im allgemeinen Interesse des abgeregelter Ganges der Reichstagsgesetzgebung zweckmäßig und notwendig erscheint. Im vorliegenden Falle wird der Reichstagskanzler, wie wir glauben, die Entscheidung des Kaisers erst herbeiführen, wenn sich das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen genauer übersehen läßt. Darüber, was in diesem Jahre nach Ostern noch erledigt werden soll, wird sich hoffentlich eine Verständigung zwischen der Regierung und den Parteien erzielen lassen. Findet

dann noch der Appell an die Selbstbeschränkung in den Debatten Gehör, so wird der Reichstag nicht ungebührlich lange auf den Beginn der Sommerpause zu warten brauchen.“

Also ist der Reichstag recht folgsam, arbeitet er gut, so wird ihm die Regierung ihre Anerkennung nicht verweigern.

### Deutsche Politik.

Wilhelm, der Beleidigte: zum dritten!

In Berlin hat am letzten Samstag der dritte Kronprinzenbeleidigungsprozeß stattgefunden. Er richtete sich gegen den Arzt Dr. Zeppler, der für sein Blättchen „Der Weg“ eine harmlose Parodie auf den Danziger Regimentsabschied geschrieben und gegen den Herausgeber der „Tribüne“, Karl Schmidt, der die Satire in seinem Blatt abgedruckt hatte.

Beide Angeklagte wurden zu je sechs Wochen Festungshaft verurteilt. Die Strafe ist immer noch gnädig zu nennen gegenüber den Urteilen gegen Leufz (6 Monate Gefängnis) und gegen den Vorwärtsredakteur Gen. Dr. Meyer (3 Monate Gefängnis). Die Abstufung der Urteile ist für den Kenner sämtlicher beanstandeter Artikel kaum verständlich, der Versuch, die Verwerflichkeit von Zeitungsveröffentlichungen in mathematischen Größen auszudrücken, wirkt aber immer einigermaßen grotesk. So wird es immer ein Geheimnis der gerecht abwägenden Justiz bleiben, warum Leufz doppelt so schlimm ist wie Meyer, Zeppler und Schmidt aber zusammengenommen noch nicht so schlimm sind wie der verurteilte Vorwärts-Mann.

Auch der neueste Kronprinzenprozeß trägt das Merkmal seiner Vorgänger: die Nichtöffentlichkeit der Verhandlung. Aber auch hier ist eine gewisse abschwächende Tendenz festzustellen. Denn während die beiden ersten Prozesse von Anfang bis zu Ende hinter geschlossenen Türen stattfanden, wurde im dritten die Öffentlichkeit alle Viertelstunden einmal ausgeschlossen und dann wieder hergestellt. Der beanstandete Artikel wurde geheim verlesen, sonst hätten ja die zwölf anwesenden Zuhörer erfahren können, was sie wie einige Zehntausend andere in der „Tribüne“ gelesen hatten. Auch der Staatsanwalt namens Krause hatte so gefährliche Dinge vorzubringen, daß er sie um keinen Preis in die Öffentlichkeit dringen lassen wollte. Dagegen war bei der Vernehmung der Angeklagten und bei den Plaidoyers der Verteidiger das Publikum wieder zugelassen.

Bei alledem fragt man nach dem wozu, warum und wesswegen. Und diese Frage scheint nachgerade auch den Nichtern selbst aufgetrieben zu sein. Daraus ergibt sich dann eine gewisse Unsicherheit. Man hat den Eindruck: Wäre es überhaupt möglich, daß wegen Kronprinzenbeleidigung angeklagte Redakteure freigesprochen werden, so wäre es diesmal beinahe passiert. Das Gefühl, daß mit der Aera der Kronprinzenbeleidigungsprozesse Schluß gemacht werden muß, ist allgemein. Der junge Herr wird lernen müssen, Kritik zu vertragen, und das ist für ihn selber das Beste.

### Die eigene Sache des Offizierskorps.

Der General der Infanterie z. D. von der Boeck kommt im „Tag“ noch einmal auf die jüngste Duell-Debatte des Reichstags zu sprechen. Daß er den Zweikampf verteidigt, ist selbstverständlich, und daß er, Treitschke folgend, ihn als das unentbehrlichste letzte Notmittel gegen die Bertwilderung der Gesellschaft bezeichnet, ist nicht verwunderlich, obwohl er sich und seiner Klasse damit ein erbärmlich schlechtes Zeugnis ausstellt. Voll einverstanden ist der General mit dem Kriegsminister, der das Duell im äußersten Notfall als das geringere Übel bezeichnet hat und er versichert, daß diese Auffassung vom deutschen Offizierskorps durchaus geteilt werde. Dann aber kommt der Satz, mit dem er eine neue Note in die Erörterung bringt. Er erklärt nämlich, daß die Auffassung der Offiziere die Hauptache sei, „denn wie ein Offizierskorps seine Ehre verteidigen will, das ist doch wohl in erster Linie seine eigene Sache“.

Damit ist göttliches Gebot, Strafgesetz, Reichstag und was es sonst noch an Kleinigkeiten gibt, auf die einfachste Weise von der Welt ausgeschaltet, zunächst in der Frage des Duells. Aber was hindert das Offizierskorps auch in anderen Punkten Auffassungen zu hegen, die mit der Verfassung, dem Gesetz und der sonst geltenden öffentlichen Meinung nicht im Einklang stehen? Konsequenterweise wird ihm zugestanden werden müssen, daß es die Angelegenheiten, bei denen es beteiligt ist, durchweg nach seinem Geschmaack und ohne Rücksicht auf die andern Bevölkerungsschichten zu regeln berechtigt ist.

### Konservativ-nationalliberaler Bank um die kapitalistische Verfeuchung.

Die „Südd. Konserv. Korresp.“ hat kürzlich erzählt, in welchem Maße sich die Aufsichtsratsstellen bei liberalen Bankiers häufen, wie der Multimillionär K ä m p f mit

Seite 2  
10 000—12 000  
Herber  
nen“ ist, daß  
wieder von den  
eine Rücksicht ge  
Antrag abge  
ation der  
nt. (Zuruf von  
beiter auch an  
Stadtb. Präses  
in Antrag vor  
d angenommen  
Köhler, in Su  
erard, ob eine  
zählung für die  
Wir sollen  
sind 4190 Mit  
in letzter Zeit  
Vorschlag, der  
niele Aufsicht  
nicht aufgehoben  
stitutionen, die  
uns gerich  
sehr bemüht  
en zu wege zu  
angewandten Wä  
ens dafür fer  
e Arbeitsstätt  
bar. — O. S.  
hstünden.  
ung“ bringt  
ter war. Die  
bern prinzipiell  
gelt die fäsi  
Stadtb. Präses  
f Rechnung ge  
llen Zeit eines  
O. S. Siegrist  
Stimmung, die  
s dem Konso  
nlichen Mitteln  
daß der Stad  
ob der Weg  
schulbauten be  
in Zukunft hier  
spricht Rede  
O. S. Siegrist  
ig genehmigt  
Bandeskomite  
erweisen.  
it!  
ater und  
70 P.  
1.20  
Eier  
ke  
. 19.  
3. 124  
a Eaden!  
as“  
plat.  
Instrumenten  
atenbänder  
ung.  
estab. Ge  
übstat.

einigen anderen Gesinnungsgegnern das Defizit von 180 000 Mk. eines freimüthigen Blattes zahlt und der Abg. Waffermann, das 13fache Aufsichtsratsmitglied, von seinem Einkommen 120 000 Mk. für die Partei opfert, woraus sich ein überragender Einfluß in der nationalliberalen Partei erklärt:

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ zögert nicht, den Konservativen nun ihre kapitalistischen Sünden vorzuhalten:

„Biel näher würde es aber für das konservative Organ liegen, sich mit den „großkapitalistischen“ Dingen im eigenen Lager zu befassen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nach Bezahlung aller Dividenden usw. noch 84 000 Mk. an Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder verteilt, und das nach einer Dividende von 10 Prozent, ein Satz, den der konservative Generalsekretär Kuntze als unerhört — bei anderen Gesellschaften natürlich — bezeichnet hatte. Vielleicht äußert sich das konservative Organ auch einmal auf die Behauptung des Stuttgarter Beobachters, daß der Bund der Landwirte und seine leitenden Personen nach Millionen und Übermillionen in Kapitalgesellschaften finanziell beteiligt sind, und daß sie Geschäftsleuten für gelieferte Arbeiten statt Bargeld Obligationen, z. B. von Beladung, in Zahlung geben, die heute kaum zu 64 Prozent (!) anbringlich sind. Das sind doch genug Dinge, mit denen sich die unentwegten Gegner des Großkapitals eigentlich beschäftigen müßten, ansonsten man ihnen sagen muß, daß über ganze moralische Entrüstung ob dieser parteipolitische Klappschere ist.“

**Der Kaiserbrief.**

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist jetzt endlich von zuständiger Stelle, das heißt wohl aus der Umgebung Wilhelms II., über den von der Presse so viel besprochenen Kaiserbrief an die Landgräfin von Hessen unterrichtet worden. Sie erzählt jetzt, daß vom Kardinal Kopp, dem die Landgräfin seinerzeit den Brief zur Aufbewahrung überlassen hatte, Vorzüge getroffen worden sei, daß der Brief unmittelbar nach seinem Tode der Landgräfin wieder zugeföhrt wurde. Dies sei jetzt geschehen.

Der Brief — so fährt das offiziöse Blatt fort — stellt sich lebhaft als eine Kundgebung des Oberhauptes des Hohenzollernschen Hauses an eine diesem Hause entsprossene Fürstin dar, also als eine Familienangelegenheit, die für die Öffentlichkeit weder bestimmt war noch bestimmt ist. Gegenüber den falschen Mitteilungen, die über den Inhalt des Briefes verbreitet worden sind, sei festgestellt, daß der Brief keinerlei Ausdruck irgendwelcher Art über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken und die Stellung des Kaisers zu ihnen enthält. Alle gegenständlichen, in der Presse verbreiteten Angaben sind aus der Luft gegriffen.

Diese Erklärung ist um so überraschender, als vor kurzem erst die „Nordd. Allg. Ztg.“ — und zwar an der Spitze des Blattes — einen Artikel der „Hamburger Nachrichten“ wiedergegeben hat, in dem die Behauptung, der Brief enthalte den Satz, daß Wilhelm II. die katholische Religion hasse, als wahr unterstellt wurde. Jetzt haben zunächst die Blätter das Wort, die wie der „Mächener Volksfreund“, die „Allgemeine Rundschau“ zu München und die von katholischer Seite recht häufig gut bediente „Rhein.-Westf. Ztg.“ von einem sehr verfänglichen Inhalt zu reden wußten und mit großer Sicherheit verschiedene überaus bedenkliche Sätze zitierten.

**Der dänischenfreundliche Pfarrer.**

Das Konfistorium in Kiel hat gegen den Pastor P. Andersen in Holsbüll in Nordschleswig das Disziplinerverfahren eingeleitet. Dem Pfarrer wird seine Dänenfreundlichkeit zum Vorwurf gemacht.

**Die Arbeiten des Reichstags.**

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschäftigt sich in ihrer Wochenübersicht mit der Frage, ob die Reichstagsession geschlossen oder vertagt wird. Sie hebt hervor, daß der Reichstag vom 25. November 1913 bis zum 27. März 1914, dem Beginn der Osterferien, 69 Sitzungen abgehalten hat. Davon entfielen 48 Sitzungen auf den Etat, 11 auf die Beratung von anderen Regierungsvorlagen, 7 auf Interpellationen, 2 auf Initiativanträge, 5 auf Petitionen. Aus der vorangegangenen Arbeitsperiode hatte der Reichstag neben einer Anzahl von Rechnungen und Berichten 8 Ge-

setzentwürfe übernommen, von denen bis jetzt 2 erledigt sind. Seit der Vertagung am 30. Juni 1913 bis zu den Osterferien wurden 21 Gesetzentwürfe eingebracht und davon 7 erledigt. — In bezug auf den Abschluß der Reichstagsarbeiten im Sommer schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Im vorliegenden Falle wird der Reichstagsleiter, wie wir glauben, die Entscheidung des Kaisers erst herbeiführen, wenn sich das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen genau übersehen läßt. Darüber, was in diesem Jahre nach Ostern noch erledigt werden soll, wird sich hoffentlich eine Verständigung zwischen der Regierung und den Parteien erzielen lassen. Findet dann noch der Appell an die Selbstbeschränkung in den Debatten Gehör, so wird der Reichstag nicht ungebührlich lange auf den Beginn der Sommerpause zu warten brauchen.“

Weiter wird berichtet, daß die Regierung schon lange auf ein langsameres Tempo in der Umarbeitung von Gesetzentwürfen hinarbeite. Sie wird danach auch die Klagen der Reichstagsfeinde über die Unfruchtbarkeit des Reichstags nicht unterstützen können. In den zahlreichen Kommissionen wird sehr eifrige Arbeit geleistet, von dieser Arbeit ist aber der Materie und ihrer Behandlung durch die Regierung nach kaum eine so wichtig, daß man ihren Abschluß mit besonderer Ungeduld erwarten würde.

Daß einiges noch vor den Sommerferien erledigt wird, ist durchaus wünschenswert. Die Regierung würde aber nur loyal handeln, wenn sie jetzt schon erklären würde, daß das Unterlegte nicht durch einen brüskten Sessionsabschluß unter den Tisch geworfen werden soll.

**Rekrutenshinderern vor Gericht.**

Vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Stettin standen am Freitag vier Sergeanten, fünf Unteroffiziere und ein Gefreiter von der 10. Kompanie des Grenadierregiments Nr. 2, die sich wegen schwerer Mißhandlung von Untergebenen zu verantworten hatten. Fast alle Reute der 10. Kompanie waren als Zeugen geladen. Die Verhandlung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Die Beweisaufnahme zeigte wieder jenes fürchterliche Bild von Soldatenshinderern, die bei dem preußisch-deutschen Kommiß in erschreckender Zahl vorkommen. Der Sergeant Wille hatte seine Freude daran, die Mannschaften des Nachts aus den Betten zu treiben. Daß er sie dabei nicht vorchriftsmäßig behandelte, braucht nicht besonders betont zu werden. Das Vergnügen soll er jetzt mit zwei Tagen gelindem Arrest büßen. Mit sechs Wochen Mittelarrest kam der Sergeant Jahn davon. Er war besonders darauf bedacht, bei Untergebenen die willensschwache waren, oder aus anderen Gründen die Befehle des pflichterfülligen Vorgesetzten nicht schnell genug ausführen konnten, mit Ohrfeigen und sonstigen Mißhandlungen nachzuhelfen. Daß einem Soldaten gelegentlich auch ein Hund Schlägel an den Kopf geworfen wurde, hielt dieser Rekrutenführer für ganz in der Ordnung. Der Sergeant Wille wußte noch eine Steigerung in der liebevollen Behandlung der Soldaten dadurch zu erzielen, daß er neben den üblichen Ohrfeigen, Schläge mit dem Seitengewehr, der Klopfstiche und sogar mit dem Feuerhaken ausstellte. In einem Soldaten, dessen Kopf schmerzhaft war, nahm der Herr Sergeant eine so gründliche Reinigung vor, daß er allein 3 Flaschen Benzol verbrauchte, wobei er das Gesicht des Mannes ganz fürchterlich traktierte. Der Gerichtshof war empört über diese Tortur und erkannte gegen den Rekrutenführer eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Der Unteroffizier Schiefelbein hatte beim Exerzieren mit dem Gewehrkolben und dem Seitengewehr nachgeholfen. Er wurde zu 4 Monaten und 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Unteroffizier Kühn hielt in Punkt und Qualität mit seinen Kollegen gleichen Schritt, dagegen hat er sie in der Quantität der Schinderereien bedeutend übertroffen. Nicht weniger als 74 Fälle von Mißhandlungen Untergebener während des Dienstes und 45 Fälle von vorchriftswidriger Behandlung wurden ihm zur Last gelegt. Schließlich suchte er die Soldaten auch noch zu falschen Aussagen zu überreden. Das Gericht verurteilte diesen Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an. Die übrigen Rekrutenpeiniger kamen bedeutend milder davon. Der Gefreite Schnaack und der Unteroffizier Bornelmer wurden freigesprochen. Ver-

urteilt wurden noch der Unteroffizier Garsdorf zu 10 Tagen, Unteroffizier Jester zu 14 Tagen und Sergeant Engfer zu einer Woche Mittelarrest.

Ein Gegenstück zu diesen Brutalitäten bildet ein an sich harmloser Fall, der das gleiche Gericht beschäftigte und der einen Soldaten von der gleichen Kompanie betraf. Der Grenadier Werner hatte sich von seinem Truppteil heimlich entfernt. Als Grund hierfür gab der Soldat an, daß er von dem Unteroffizier Kühn und von verschiedenen Kameraden so arg mißhandelt worden war, daß er nichts anderes zu tun wußte, als sich durch die Flucht von den Drangsalierungen zu befreien. Er wollte nicht ständig dem Truppteil fernbleiben und legte während der Abwesenheit auch niemals seine Uniform ab. Das Gericht erkannte auf die gesetzlich zulässige Mindeststrafe von 43 Tagen Gefängnis. Die Strafe wurde durch die Untersuchungschaft für verbüßt erachtet.

**Wassermann zieht zur Einigung.**

In der „Kölnischen Zeitung“ nimmt Wassermann das Wort zu den Einigungsbestrebungen in der nationalliberalen Partei. Er versichert, niemals habe er einen so selten Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit empfunden, wie in der letzten Sitzung des Zentralvorstandes: „Der feste Wille des Zusammenbleibens mag den Wünschen des „Berliner Tageblattes“ und mancher konservativer Gebärden später unerwartet gekommen und nicht wünschenswert sein. Die Spekulation auf die sogenannte reinliche Scheidung der rechts- und linksstehenden Elemente muß endgiltig begraben werden. Wir haben weder Lust, demokratistisch noch konservativ zu werden. Die Beschlüsse des Zentralvorstandes schieben die Partei weder nach rechts, noch nach links, sondern vorwärts. Wir bleiben, was wir sind.“

Den Konservativen wirft Wassermann politische Ungezogenheit vor, weil sie die nationale Gesinnung der Nationalliberalen in Zweifel ziehen. Die Einseitigkeit der Konservativen, die sich immer mehr zu einer Massenpartei rein agrarischen Charakters umgewandelt hätten, lassen nicht mehr für das in glänzender Aufwärtsentwicklung befindliche Deutschland. Er schließt seinen Artikel mit Mahnungen zur Einigkeit und warnt die nationalliberale Presse, die inneren Differenzen nicht noch zu verschärfen:

„Leider macht man oft auch die Erfahrung, daß mancher, der in seiner Jugend sehr radikal oder sehr jungliberal war, sich im Alter als rechtsgerichteter Schriftsteller betätigt, und gerade seine frühere Richtung besonders intensiv bekämpft, wie man umgekehrt in der radikalen Presse finden findet, die ihre nationalliberale Vergangenheit bezeugend, heute andere Mittelpartei auf's Schärfste bekämpfen. Alle diese kaleidoskopartigen Erscheinungen des modernen politischen Lebens geben ein falsches Bild. Die überwältigende Menge unserer Parteifreunde will in Frieden unter sich leben und ist der Meinung, daß es so viel Stoff gibt, der außerhalb unseres eigenen Parteilebens liegt, daß wir uns selbst gegenseitig die Föhren nicht auszurufen brauchen.“

Wassermann hat freilich alle Ursache zu solchen Mahnungen, wenn er Frieden haben will, aber nützen werden sie nichts. Der Vorstand des Landesverbandes der württembergischen Jungliberalen hat eben erst wieder beschlossen, unter keinen Umständen ihre eigene jungliberale Organisation aufzugeben. Es wird also noch vieler Mahnen und Mahnungen Wassermanns bedürfen, bevor „der Wille zur Einigkeit“ sich in die Tat umsetzt.

**Eine große öffentliche Kundgebung für Fortführung der Sozialreform.**

beransteht am Sonntag, den 10. Mai in Berlin die Gesellschaft für Soziale Reform. Als Redner sind Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch und Professor Dr. Franke in Aussicht genommen. Der Kundgebung geht am 9. Mai eine außerordentliche Tagung der Gesellschaft voraus, die sich besonders mit Privatangestelltenfragen beschäftigen soll.

**Im Prozeß gegen Leutnant Forstner**

wegen Verführung einer Minderjährigen hat am Samstag das hiesige Gericht eine Entscheidung gefällt. Der fidele Arbeiter Murer klagte bekanntlich gegen Forstner auf Ent-

**Jonas Angermann.**

Erzählung von Ludwig Nordström. Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann. (Nachdr. verb.)

10 (Fortsetzung.)

Hernach, als auch die Frauen fort waren, redete Hannes der ruhig und wenig gesprächig war, Johanna zum Guten.

„Was Angermann anbelangt,“ sagte er, „mußt Du doch zugeben, daß er nicht trinkt, sondern bloß arbeitet, und wenn er auch seine Gedanken für sich behält, tut er doch nichts Unrechtes und baut nun ein Haus für Euch beide.“

Allmählich beruhigte sich ihr Gemüt, und als Angermann nach Hause kam, war sie weich geworden und sagte nur:

„Dauft Du, Angermann?“  
„Sieht so aus!“ antwortete er.  
„Wann meinst Du denn, daß es fertig wird?“  
„Abwarten!“ war alles, was er sagte.

Da seufzte sie ein wenig und gab den Kampf auf. Und die Zeit verging.

Als er jedoch den Schuppen gebaut hatte und es Sommer geworden war, fing er mit dem eigentlichen Haus an. Nun lagen alle Wohnhäuser des Hafens dergestalt, daß sie den einen Giebel nach Norden führten und den andern folglich nach Süden, und viele von ihnen waren nur eine Fortsetzung des Schuppens. Ein einziges Gebäude im Hafen lag gen Osten und Westen, das war die Kapelle, die nach dem alten Gesetz über die Lage eines Gotteshauses errichtet war. Sogar Degren, der doch der Krone diente und zu oberst auf der Steinhalde gebaut hatte, hatte sich der Jahrhunderte alten Tradition unterworfen und nach Norden und Süden gebaut.

Aber als Angermann jetzt die Steinblöcke zum Fundament zusammengewälzt hatte und man die Form des Hauses erkennen konnte, entdeckten die Fischer zu ihrem sprachlosen Erstaunen, daß er erstens nicht das Haus mit dem Schuppen zusammenbaute, sondern drei bis vier Fa-

den höher hinauf auf den Abgang und zweitens, daß er den Grund genau nach Osten und Westen legte.

Sie kamen, je einer zurzeit und sahen ihm zu, wenn er an Abenden, wo er nicht zum Fischen hinaus war, einsam baute und zimmerte.

Hernach kamen sie truppweise, und jetzt war es voller, goldigster Sommer. Die blauen Anemonen waren längst verwelken, und auch die weihen waren verwelkt, der Löwenzahn trug eine volle Haarkrone, der Faulbaum Beeren und alle Ebereschen standen in Blüte und würzten die lichte Abendluft, und um die Baumwipfel hing der Wälderregen wie ein durchsichtiger Schleier gegen das goldrote Himmelsgewölbe.

In diesem Jahre war Janne Lockneus Hafendogt, und bei ihm verammelten sich eines Abends alle Fischer, um sich das Herz über den Angermannschen Neubau zu erleichtern.

Als Anna-Kajsa hörte, wozu die Rede war, stemmte sie die Hände in die Seite und fing laut an zu lachen.

„Als wir Kärrn schlugen, weil der Kerl nicht das halten wollte, was immer und alle Zeit Ehe gewesen und genannt ist, da habt Ihr den Mund bis an die Ohren gezogen, da war alles nur dummes Gerede von dummen Weibsbildern, aber jetzt sit Ihr da mit langen Nalen und beruft Euch vergeblich auf Eure Hafenordnung, wenn das Untier sein Haus nach Osten und Westen baut, als wenn er unser leibhaftiger Herrgott wäre, der sich sein Tabernakel zimmert. Aber was ist größere Sünde, wenn einer die Frau kränkt oder die Hafenordnung? Ich mein, eine Frau ist mehr als ein Haus!“

Und Anna-Kajsa ging mit einem Hohlnachen zur Tür hinaus.

Eine Weile schwiegen die Fischer nachdenklich, aber dann fingen sie an zu beratschlagen und kamen zu dem Resultat, daß sie sich gemeinsam nach dem Norderstrand begeben wollten und den Versuch machen, Angermann dahin zu bringen, daß er seinen Grund umlege.

„Denn“, sagte der alte Hardin, „von allen Häusern führt allein die Kapelle ihren Giebel gen Osten, wo die Sonne aufgeht, und das erste Tageslicht fällt durch das

fenster auf die Kanzel, damit das erste, was die Sonne hier bei uns zu sehen kriegt, das Wort Gottes ist, was da von alters her aufgeschlagen liegt. Aber wenn nun Angermann sein Haus gen Osten und Westen legt, dann sieht ja die Sonne zu allererst in sein Ostfenster, weil sein Haus östlich von der Kapelle liegt, und so was man ich für mein Teil Gotteslästerung.“

„Wenn die Nachbarn nicht oder sonst Leute von andern Höfen hierher kommen,“ sagte Janne Lockneus, und Angermanns Wohnhaus zu sehen kriegen, das ganz wie die Kapelle nach Osten und Westen liegt, dann glauben sie gewiß, daß es der Erste im Hafen ist, der da wohnt, obgleich er nicht mal richtig zu den Hafenteuten gehört, wo er doch vom Festland ist.“

„Ja“, meinte ein Dritter, „sollt es so sein, daß Angermann seinen Grund nicht umlegen will, dann müssen alle, die von heute an bauen, auch nach Osten und Westen bauen. Denn das geht ein für allemal nicht an, daß er allein es anders haben soll als andere Leute.“

Nachdem sie herart mit Worten und Reden ihre Gedanken geklärt hatten, gingen sie dem Norderstrand zu. Sie gingen jedoch nicht in geschlossenem Trupp und auch nicht rasch. Woran schritt Janne Lockneus, ein Stück hinterher kamen ein paar andere, die die Weine nachzogen, einige blieben an den offenen Haustüren zurück und plauderten, aber schließlich kamen doch alle zum Ziel; doch so, daß es ausfiel, als ob ihr Zusammenreffen eigentlich nur Zufall wäre.

Janne Lockneus sollte das Wort führen. Es war still auf der See und in der Luft, die sich endlich über die roten Inseln und das blanke Wasser dehnte. Niemand regte sich in der Sommernacht.

„Du bist mächtig fleißig, Angermann!“ sagte Janne Lockneus zu dem Dofer, das arbeitete, daß ihm der Schwanz von der Stirn tropfte.

„Dja!“ antwortete er.

„Willst Du das Haus ganz allein zimmern?“

„Warum nicht?“ entgegnete Angermann und arbeitete weiter.

Kause.

(Fortf. folgt.)

Schädigung, weil dieser seine 15jährige Tochter verführt habe. Die Klage wurde jetzt vom Gericht als unbegründet zurückgewiesen.

Krankenkassen und Ärzte in Barmen.

Vor dem Schiedsgericht ist ein Vertrag zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Barmen und den dortigen Ärzten zustande gekommen. Der Schiedspruch geht dahin: Die allgemeine Ortskrankenkasse zahlt einen Zuschuss von 9 Mk. pro Mitglied als Höchstgrenze, d. h. die Kasse zahlt für Konsultation 1 Mk., für Besuch im Hause 1,50 Mk., für Extraleistungen nach den Minimalhöhen der preussischen Gebührenordnung. Der Gesamtbeitrag darf den Satz von 9 Mk. pro Jahr und Mitglied nicht übersteigen. Der Vertrag gilt vom 1. April cr. ab.

Welche neue Belastung dadurch der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Barmen aufgebracht wird, erfährt man daraus, daß bisher pro Mitglied und Jahr 7 Mk. bezahlt wurde. Die Kasse glaubte nicht, über 8,50 Mk. hinausgehen zu können, worauf der Schiedspruch 9 Mk. festsetzte. Das bedeutet für die Barmen Kasse eine jährliche Mehrausgabe von 90000 Mark bei dem jetzigen Mitgliederbestande und für die Ärzte eine Lohn-erhöhung 28 Prozent.

Ein Rekrut durch Mißhandlung in den Tod getrieben.

Vor dem Kriegsgericht der 33. Division in Metz standen am Samstag wieder eine Anzahl Soldatensoldaten angeklagt waren drei Dragoner der 5. Schwadron des Dragonerregiments Nr. 9, sogenannte alte Leute, die zwei Rekruten der Schwadron berart mißhandelt hatten, daß einer der Rekruten Emelstuf durch die Mißhandlungen zum Selbstmord getrieben wurde. Das Kriegsgericht verurteilte den Dragoner Korengel zu drei Monaten, den Dragoner Meinede zu sechs Monaten und den Dragoner Schmiedahl zu neun Monaten Gefängnis. Der Wachmeister der Schwadron Müller wurde wegen ungenügender Beaufsichtigung mit sieben Tagen Arrest belegt.

Ausland.

Schweiz. Ein Prozeß wegen Militärhohheits in der Schweiz. Daß die Schweiz trotz aller Bemühungen eines Teils der Offizierskaste, den echt preussischen Pfiff herauszutreiben, immer noch in einer jammervollen Niedrigkeit dahinfließt, beweist ein Prozeß, den ein Wirt in Appenzell, im Militärverhältnis Unteroffizier, gegen einen leitenden Oberleutnant wegen Verhängung des Militärhohheits angeklagt, und schauerhaft zu sagen, auch gewonnen hat. Er war aus geschäftlichen Gründen von der Teilnahme an einem militärischen Wiederholungskurse befreit worden, wurde aber dennoch von dem Regimentskommandeur zur Oberleutnant Stellung, aufgefordert, zum Dienste zu erscheinen, widrigenfalls ihm die Einquartierung entzogen würde. Der, wie er berechtigt war, trotzdem ausblieb, wurde tatsächlich zwei Kompanien, die bei ihm Quartier hatten, ausquartiert. Auf seine Beschwerde erhob die appenzellische Militärkommission bei dem eidgenössischen Militärdepartement Beschwerde. Inzwischen traf der Wirt den Oberleutnant auf der Straße und machte ihm wegen seines Vergehens Vorwürfe. Darauf sprach dieser dem Wirt ein Kommando den „Bunz“ aus, er möge den Soldaten den Besuch der Wirtshaus des widerwärtigen Unteroffiziers verbieten. Der Major tat das auch. Darauf klagte der Wirt bei dem Bezirksgericht Untertoggenburg, das nach eingehender Verhandlung den Oberleutnant zu 300 Franken Entschädigung und den Kosten verurteilte. Sein Anwalt hatte den Standpunkt vertreten, daß er der Militärbehörden wegen dieser Sache überhaupt nicht verantwortlich sei. Aber das Gericht vermochte sich auf diese Höhe des Respekts vor der Offiziersuniform nicht aufzuschwingen. Dagegen sprach es dem mißverklagten Major frei, da er nur einen höheren Befehl ausgeführt habe.

Oesterreich. Der fünfte Parteitag der ukrainischen (ruthenischen) Sozialdemokratie fand anfangs März unter Teilnahme von 72 Delegierten, die 46 politische und Bildungsorganisationen vertraten, in Lemburg statt. Vertreten waren die ukrainischen Parteigenossen in Rußland, Kanada und die tschechischen Separatisten. Der Kongreß begann mit einer scharfen Protesterklärung gegen die Unterdrückung des ukrainischen Volkes in Rußland, die als nichtmündiges Verbrechen gebrahmarkt wurde. Der Geschäftsbericht legte die Ursachen der bisherigen inneren Parteizwänge, die mit der Zerstörung des galizischen Wirtschaftens durch Kriegsgeld und Mobilisierung den Verfall der Bewegung herbeigeführt hatten, dar. Nun ist glücklicherweise die Einigung wieder vollzogen, von der wieder gewöhnliche Parteiarbeit zu erwarten ist. Nach entsprechenden Beschlüssen wurde die Regelung und Zentralisierung der Bildungsarbeit die Schaffung eines Parteisekretariats beschlossen. Zur Gewerkschaftsfrage beschloß man, für die Zentralverbände einzutreten, jedoch die Berücksichtigung der besonderen sprachlichen Bedürfnisse der Presse und die Er-

richtung eines ukrainischen Gewerkschaftssekretariats für Ogalizien von der Reichsgewerkschaftskommission zu fordern. Nach eingehender Beratung über die internationale Lage und das ukrainische Volk wurde eine Resolution angenommen, die die imperialistische Politik der kapitalistischen Staaten bekämpft, die für die Ruthenen, als Gegenstand und Opfer des ruffisch-österreichischen Gegenfasses, der jederzeit zum Kriege führen kann, besonders gefährlich sei. Wir sind Gegner der dynastischen und des Großmachtpolitik Oesterreichs, aber unser größter Feind ist der Jarrismus, der gerade jetzt seine überlebensfähige Raubpolitik weiterführt, von Persien bis nach Finnland, von der Mandchurie bis auf den Balkan und zu den Karpaten bis nach Galizien, der letzten sicheren Zufluchtsstätte des ukrainischen Volkes, seine Hände ausstreckt. Deshalb muß die ganze Energie des ukrainischen sozialistischen Proletariats in einem Kriege gegen die russische Selbstherrschafft gerichtet sein. Unser nächstes Ziel muß die Zerstörung des Jarrats sein. Denn nur dann wird die letzte Festung der Reaktion fallen und der Tag sowohl der politischen Selbständigkeit der Ukraina als auch des Triumphs des Sozialismus auf der ganzen Welt kommen. — Zur Landtagswahlreform wurde eine Resolution gefaßt, die die Reform als völlig ungenügend bezeichnet, namentlich gegen die Beibehaltung des Kurienstimmens, das Mehrstimmenrecht und die ungeheuerliche Wahlkreisgeometrie protestiert. Die Reform wird nur als Anfang einer wirklichen, als Anlaß zum weiteren Kampfe um die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts anerkannt.

Analphabeten in Oesterreich-Ungarn. Die Zahl der Analphabeten beträgt auf 1000 erwachsene Einwohner in Nieder- und Oesterreich sowie in Böhmen 59, in Tirol, Vorarlberg und Wäraden 71-78, Salzburg 87, Schlesien 111, Steiermark 180, Kärnten 240, Krain, 314, Mährenland 382, Ungarn 410, Galizien 639, Dalmatien 736. — Je rückständiger und je flacher ein Land, desto mehr Analphabeten. Man kann auch sagen: je analphabetischer, desto flacher!

Nord-Amerika.

Die finnischen Sozialisten in den Vereinigten Staaten. Das Internationale Sozialistische Bureau veröffentlicht einen Bericht über die Tätigkeit der finnischen Genossen in Amerika, der beweist, daß die organisatorische Fähigkeit, die sie in der Heimat auszeichnet, auch in der Fremde fortbesteht. Die Organisation, eine Sprachgruppe innerhalb der Gesamtpartei, zählt 13000 Mitglieder, ihr Vermögen mit Einschluß von Zeitungen und Grundbesitz an 2 1/2 Millionen Mark. Die Presse umfaßt drei Tagesblätter mit 26000 Abonnenten, ein Agitationswochenblatt, eine landwirtschaftliche Rundschau, eine humoristische und eine Frauenzeitschrift. Das Zentral Komitee (Der Arbeiter) erscheint in einer Auflage von 13000 in Hancock (Michigan), wo viele Finnen in den Kupferbergwerken arbeiten. Anfangs Wochenblatt, erscheint es seit 1911 täglich und brachte 1913 einen Ueberfluß von 48000 Mk. Dazu gehört eine moderne Druckerei und eine Verlagsbuchhandlung, die auch die Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift plant. An mehreren Orten bestehen sehr schöne finnische Volksschulen, die auch den Genossen anderer Nationalität zur Verfügung stehen. Mit Hilfe mehrerer angehellen Organisatoren werden ständige Agitationstouren veranstaltet.

Kommunalpolitik.

Streikende Gemeinderäte. In dem Orte Destringen, N. Bruchsal scheinen auf dem Rathaus ganz unhaltbare Zustände eingerissen zu sein. Die Hälfte der Gemeinderäte weigert sich nämlich mit dem derzeitigen Bürgermeister weiter zusammenzuarbeiten. Es kursieren aus diesen und auch aus anderen Gründen die verschiedensten Gerüchte unter der Einwohnerschaft, die unbedingt aufgeklärt werden sollten. Greift hier die vorgelegte Behörde nicht ein? Es wäre wirklich an der Zeit, wenn den Bürgern einmal klarer Wein eingeschenkt würde. Wenn nicht bald geordnete Zustände in der Gemeinde Rlag greifen, wird die ganze Einwohnerschaft gegeneinander verhetzt und durcheinandergebracht. Merkwürdig ist, daß sich auch die Geistesfreiheit nicht rührt, was man in Destringen sonst nicht gewöhnt ist.

Ein sonderbarer Kauz scheint der Destringer Bürgermeister an sich für sich ja schon zu sein, das geht aus einem Urteil über sich selbst hervor. In einer vor nicht langer Zeit abgehaltenen Eisenbahnkommissionssitzung verhielt er sich interessiert Gemeinderäte erklärte der Destringer Bürgermeister bei einer notwendig gewordenen Abstimmung nicht mitstimmen zu können, sonst würden die Bürger von Destringen sagen: „natürlich da haben wir wieder den C... hingeschickt“. Mag nun recht haben wer will, eine allzu dicke Fremdschachtel scheint zwischen dem Herrn Bürgermeister und seinen Gemeinde„untertanen“ nicht zu bestehen.

Bürgermeisterwahl in Heidelberg. Die Kommission zur Vorbereitung der Wahl eines zweiten Bürgermeisters in Heidelberg hat ihre erste Sitzung abgehalten. Es befähigte sich, daß Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten sich der freien Bürgervereinerung gegenüber verpflichtet haben, einen Kandidaten zu wählen. Als solcher wird sich Regierungsbaumeister a. D. Drach, der seinerzeit die Wieslocher Anstalt gebaut hat, vor-

stellen, außerdem auch Staatsrechtler Würde aus Mannheim, der zwar Jurist ist, aber als Kommunaltechniker angesehen wird, da er seit längerer Zeit das Resiziat über die technischen Betriebe hat.

Das Zentrum ist unverzöhnlich. Der Bürgerausschuß von Konstantz genehmigte mit allen gegen die Stimmen des Zentrums den Dienstvertrag mit dem neugewählten Oberbürgermeister Dietrich. Der neue Oberbürgermeister erhält 10000 Mk. jährliches Gehalt, das von 1917 auf 11000 und von 1920 ab auf 12000 Mk. erhöht wird. Bürgermeister Paulik erhielt mit allen, gegen die Zentrumsstimmen, für die Vertretung des Oberbürgermeisterdienstes eine einmalige Zulage von 1000 Mk. Eine von der nationalliberalen Fraktion beantragte jährliche Gehaltsaufbesserung von 1000 Mk. wurde mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Vorschlag von Dreifach. Der Gemeindevoranschlag bringt in den Ausgaben 172387 Mk., in den Einnahmen 114243 Mk., so daß 58094 Mk. durch Umlagen zu decken sind. Diese betragen bei Liegenschafts- und Betriebsvermögen auf 100 Mk. 32 Pf., bei Kapitalvermögen 18 Pf. und 5/2 Pf. von 1 Mk. Einkommensteuer.

Die Bürgermeisterwahl in Rehl findet am 14. April, nachmittags halb 3 Uhr, statt. Wie der Vorsitzende der Kommission zur Wahl eines neuen Bürgermeisters in der Bürgerausschussfraktion, Gemeindevater Ludwig Schmidt, mitteilte, haben sich 20 Bewerber für den Bürgermeisterposten gemeldet. Davon kamen 2 in die engere Wahl. Die Kommission einigte sich schließlich einstimmig auf Finanzamtman Dr. Weiz in Mannheim, der sich bereits vorgestellt hat. Dr. Weiz steht im 32. Lebensjahre und ist der Schwiegersohn des Raurats Tegeler, des Erbauers des Neher Jafens.

Badische Politik.

Der Reichstuh gegen die freien Gewerkschaften. Nicht allein gegen die sozialdemokratische Partei, sondern auch gegen die freien Gewerkschaften wird im Reichstuh gehetzt. So wird der Freiburger „Volkswacht“ aus dem Hegau folgender Fall berichtet:

In Mühlhausen, Amt Engen, spielte sich zwischen einem jungen Fabrikarbeiter und dem reichthörenden Vikar folgendes Zwiegespräch ab: Vikar: Arbeiten Sie in einer Fabrik? Reichtkind: Ja. Vikar: In einer solchen Fabrik lauern sehr viele Gefahren für einen jungen Menschen. Gehören Sie vielleicht auch dem Verband an? Reichtkind: Ja. Vikar: Wenn Sie ein ehrlicher und aufrichtiger Burische bleiben wollen, dann müssen Sie aus dem Verband austreten.

Reichtkind: Ja möchte Sie nun doch bitten, mich zu absolvieren. Vikar: Nein, es ist besser, Sie gehen erst hin und erklären Ihren Austritt aus dem Verband und kommen dann noch einmal. Gelobt sei Jesus Christus.

Damit war das Reichtkind entlassen. Dasselbe war aber mit einem solchen Resultate nicht zufrieden und ging 10 Minuten später noch einmal in den Reichstuh, worauf sich wieder folgender Dialog abspielte:

Reichtkind: Ich möchte Sie nun doch bitten, mich zu absolvieren, damit ich wie die andern zur Kommunion gehen kann.

Vikar: Das kann ich nicht machen, treten Sie aus dem Verband aus und kommen Sie in drei Wochen wieder. Ich bin jederzeit gerne bereit, Sie dann zu absolvieren und ich werde auch für Sie beten und Sie in jeder Art unterstützen.

Reichtkind: Ich bitte nun nochmals darum, mich zu absolvieren.

Vikar: Geben Sie jetzt an Ihren Rlag, ich werde für Sie beten. Gelobt sei Jesus Christus.

Reichtkind: Ich gehe, aber es soll mir eine Warnung sein, wieder einmal einen Reichstuh zu betreten.“ Der junge Mann, der in solcher Weise die priesterliche Intoleranz zu kosten bekam, war aus Schlatka. R Aus diesem Orte wurden noch einige junge Leute aus ganz geringfügigen Gründen nicht absolviert. Es ist ganz unglücklich, was sich heute die Vertreter des Christentums alles herausnehmen. Nicht genug damit, daß sie täglich gegen die Sozialdemokratie, die einzige Vertreterin der Interessen des arbeitenden Volkes, hegen, während der Lebensmittelmacher der schwarzen Volkspartei in Schutz genommen wird, muß jetzt der Reichstuh auch noch zum Kampf gegen die Gewerkschaften herhalten. Und da wundern sich die katholischen Pfarrer, wenn die Arbeiterkraft immer mehr mit brennendem Born gegen solche „Gottesstreiter“ erfüllt wird.

Wer nicht pariert, der fliegt.

Der „Bad. Beobachter“ bringt in seiner gestrigen Nummer folgende interessante Nachricht:

„Integrale“ in Baden betreffend. Baron Räder von Diersburg, wohnhaft in Baden, gehört landeskundig zu den „Integralen“. Er selber hat es in keiner Weise zu verbergen gesucht, vielmehr geradezu herausfordernd zur Schau getragen und für den „Integralismus“ agitiert. Natürlich war und ist solches mit seiner bisher innegehabten Stellung in der Zentrumsparlei unvereinbar; offenbar war er sich dessen selbst bewußt und hat nun selbst die Konsequenz daraus gezogen. Unterm 2. April hat er seine Stelle an der Spitze des Komitees für den 8. Reichstagswahlkreis (Mährer-Wahl-Baden-Natant) niedergelegt.

Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob es die Schritte bedurfte, um die bisher bestehenden Beziehungen zwischen ihm und den Zentrumsmitgliedern des 8. Reichstagswahlkreises zu lösen. Jedenfalls hat er nur die Bedeutung einer Formalität, nachdem die berufliche Vertretung in der bestimmten Weise es ausgesprochen hat, daß zwischen Integralismus und Zentrum keine Gemeinschaft besteht und Baron v. Räder in der eben festgestellten Weise zum Integralismus sich bekannte. Es ist aber sehr angemessen und erwünscht, daß er auch selber die Scheidung besichtigt hat.

Man sieht, die Schwarzen verstehen keinen Spaß, wenn es einem der Yhrigen „berlinerisch“ zu Mute ist.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zum erstenmal: „Der Liebhaber als Arzt“. Musikalisches Lustspiel in 2 Akten (nach Moliere) von Enrico Solisiani. Musik von Ermanno Wolf-Ferrari. Am Sonntagabend ging hier erstmals Wolf-Ferraris „Liebhaber als Arzt“ in Szene. Nachdem man uns schon mit des Komponisten „Sufannens Geheimnis“ vor wenigen Jahren bekannt gemacht hatte, wollte man uns auch dieses musikalische Lustspiel nicht länger mehr vorenthalten. Das Werk wurde von Fritz Coriolis mit größter Gewissenhaftigkeit vorbereitet und zur Wiedergabe gebracht. Für die szenische Ausgestaltung zeichnete Peter Dumas mit glücklichem Erfolge. Anfanglich wurde die Novität mit besonderer Freundlichkeit entgegengenommen; doch nach dem letzten Vorhangsfalle setzte ein langandauernder, lauter Weifall ein, der aber in der Hauptache einigen herborragenden Solistenleistungen, wie der musikalischen und szenischen Leistung zu gelten schien. Von einem eingehenden Bericht über das Werk und die Wertung seiner Wiedergabe müssen wir vorerst noch absehen, so es die Hoftheaterleitung diesmal nicht für richtig hielt, die folgende Kritik (wie bisher üblich) zur Generalprobe einzuladen. Es war uns somit nicht möglich, das Werk und jene Wiedergabe, wie es im fördernden Interesse einer sachgemäßen Kritik wünschenswert gewesen wäre, schon vor der Premiere näher kennen zu lernen.

„Urbine“.

Am Sonntag betrat sich in Vorhings romantischer Janberoper „Urbine“ Gottfried Sageborn vom Elber-

Die übrige, durchaus zufriedenstellende Besetzung der „Urbine“ dürfte hinlänglich bekannt sein. Zu erwähnen ist nur, daß Maria Lorenz-Söllischer wieder abgesetzt hatte und an ihrer Stelle Kammerfängerin Rosa Ehofer die Rolle der „Vertalda“ mit außerordentlichem Erfolge zur Darstellung brachte. W. Sch.

In Sachen Murgkraftwerk

Schreibt man uns: Der 'Volksfreund' hat in seiner Nummer vom 2. I. M. über die am 31. März vom Bezirksrat Raffatt dem badischen Staate, vertreten durch die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, vertreten durch die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, zur Ausführung der Murgkraftwerkes in der ausschließlichen Ausnutzung der Wasserkraft der oberen Murg als eines im Staatsbesitz befindlichen öffentlichen Gewässers nach den Vorschriften des Wassergesetzes erteilte Verleihung und Genehmigung berichtet. Damit ist das vom Landtag einstimmig beschlossene Werk nunmehr auch formell ordnungsmäßig in die Ausführungsbahnen geleitet, wenn auch den durch dasselbe geschädigten Interessenten, namentlich aus dem Gebiete der Fischerei und der Industrie, noch der 'Refkurs' an das große Ministerium des Innern offen steht. Vom Standpunkt der Allgemeinheit ist dieser Fortschritt zwecks möglichst baldiger Fertigstellung zu begrüßen und auch die vor uns seinerzeit erwähnten Einreden richteten sich durchweg nicht gegen das Werk als solches, sondern nur gegen die Art und Weise, wie bei der Vorbereitung desselben bisher zum Teil ohne Not über schwerkriegende andere Interessen hinweggegangen wurde und auch in Zukunft hinweggegangen werden soll, ohne daß der Staat als 'Unternehmer' seine Verpflichtung zur vollen Schadloshaltung der Betroffenen anerkannt hat. Und in dieser Hinsicht hat in der Bezirksratsverhandlung Rechtsanwalt Dr. Dieck-Karlsruhe als Vertreter einer der Einsprüche erhebenden Parteien bei vollster Anerkennung der großen Bedeutung des Werkes und der Notwendigkeit der Ausbarmachung der gewaltigen Produktivkräfte für die Allgemeinheit auf einen schweren Mißstand hingewiesen, der wohl auch bei künftigen ähnlichen Unternehmungen seitens der Gesetzgebung Abhilfe finden muß, daß nämlich zur Prüfung und Entscheidung der Frage, ob und unter welchen Bedingungen einem Wasserkraftunternehmen 'Verleihung und Genehmigung' zu erteilen sei, auch wenn der Staat selber der Unternehmer ist, wo der Bezirksrat und das Ministerium des Innern (als Refkursinstanz) zuständig sind.

Es entscheidet also tatsächlich der Staat als Unternehmer in eigener Sache über die ihm selbst zu erteilende Verleihung und Genehmigung und die ihm selbst aufzubringenden Bedingungen, ohne jede Möglichkeit der Anrufung einer unabhängigen und unparteiischen Instanz. Das ist ein Unrecht, und dabei ist es ein schwacher Trost, wenn die 'Straßburger Post' in einem Aufsatz hierüber vom 2. I. M. darauf verweist, daß ja nicht das Ministerium, sondern die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues das Werk baue: die 'Oberdirektion' ist bekanntlich eine dem Ministerium des Innern untergeordnete und für dieses als Sachverständigenkollegium speziell in Wasserbaufachen dienende Zentralmittelstelle; der Bezirksrat darf nach den bestehenden Vorschriften seine Entscheidung nur erlassen, nachdem vorher die Oberdirektion und Ministerium die Voraussetzungen und Bedingungen geprüft und genehmigt haben, und gegen den Bezirksrat hat der Betroffene dann wieder den 'Refkurs' an das Ministerium des Innern. Das ist eine Farce, die, wenn der Staat selber Unternehmer ist, weder den Beteiligten noch der Allgemeinheit die Garantie einer objektiven und unparteiischen Prüfung bieten kann, da auch der 'wohlwollendste' Minister nicht gleichzeitig Partei und Richter in eigener Sache sein kann und die dringend nach Abhilfe durch die Gesetzgebung schreit. Dazu kommt, daß bekanntlich die obere Murg oberhalb des Laßhagbaches als nicht schiff- und fischbares Gewässer seit Einführung des badischen Landrechts im Jahre 1810 ein nicht öffentliches Gewässer war und als solches fast hundert Jahre lang behandelt worden ist, daß diese ihre nicht öffentliche Eigenschaft durch einen Erlaß des Handelsministeriums vom Jahre 1878 ausdrücklich anerkannt worden war, daß noch im Jahre 1904/05 an ihr vom Bezirksrat und Ministerium des Innern große Konzessionen an Private erteilt worden sind, und daß dann plötzlich, nachdem im Vertrauen auf diese anerkannte nicht öffentliche Eigenschaft dieses Gewässers viele Tausende in weitere Projekte hineingesteckt waren, im Jahre 1907 dasselbe Ministerium des Innern auf Grund einer bisher angeblich vergessenen Entscheidung der verschollenen Mittelrheinregierungszeit von 1854, 'Weden Gemarungsgemeinden und Inhabern unter freiem Rechtsbruch ihr Fischereirecht abgesprochen habe und von der bisher weiteren Gebrauch zu machen jede Regierung sich gescheut hatte, die obere Murg zum öffentlichen Gewässer und zum Staatsbesitz erklärte.

Nicht daß die Regierung daran dachte, die hier liegenden Produktivkräfte dem Staate zu sichern, kann ihr hier zum Vorwurf gemacht werden, am wenigsten von unserer Seite. Außer der Art und Weise, wie sie es tat — nicht mit Hilfe eines Gesetzes, sondern mit rechtlich höchst bedenklicher Ausnutzung einer in der schlimmsten Reaktionszeit unter Rechtsbruch ergangenen, von ihr selbst bisher nicht beachteten Entscheidung einer untergeordneten Instanz —, und wie sie dann die beteiligten, die im Vertrauen auf den bisherigen Standpunkt derselben Regierung ihre Maßnahmen getroffen hatten, bisher gewissermaßen mit dem Rücken des Stärkeren als 'Spekulanten' an die Wand zu drücken suchte, das erscheint der Bedeutung und Würde eines so großen staatlichen Unternehmens wenig angemessen und dürfte auch schwerlich den Intentionen der Volkvertretung entsprechen, als sie der Regierung vertrauensvoll solche Machtbefugnisse einräumte. Es handelt sich, wie man sieht, um ein interessantes Kapitel neuester badischer Rechtsgeschichte, das mit der Entscheidung des Bezirksrats Raffatt vom 31. März 1914 seinen Abschluß noch nicht gefunden hat.

Aus der Partei.

10. badischer Reichstagswahlkreis. Die Vorsitzenden und Kassierer unserer Mitgliedschaften werden dringend ersucht, alsbald mit dem Kreisrat G. Schwert, Karlsruhe, Wilhelmstraße 76, über das 4. Quartal 1913/14 abzurechnen.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. Die unter den Brauereiarbeitern vorgenommene Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung der von den Brauereibesitzern gemachten Zugeständnisse hat folgendes Resultat ergeben: Von den in Ringbrauereien beschäftigten Arbeitern wurden 4747 Stimmen abgegeben, davon 2091 für und 2656 gegen die Annahme. An der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung fehlten 510 Stimmen. Von den Arbeitern in den ringförmigen Brauereien wurden 1251 Stimmen abgegeben, davon 135 für und 1116 gegen die Annahme. Hier ist die Zweidrittelmajorität für die Ablehnung reichlich vorhanden. Insgesamt fehlen aber an der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung 228 Stimmen. Die Lohnkommission wird mit den Vertrauensleuten nun zunächst über die weiteren Maßnahmen beraten.

Erfolgreicher Brauereiarbeiterstreik in Hof I. B. Nach dreitägigem Ausstand konnte der Streik mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Erreicht wurde die 1/2-tägige tägliche Arbeitszeit, Bezahlung der Extraarbeiten an Sonntagen, eine sofortige Lohnhöhung von wöchentlich 1,50 M. und eine weitere Zulage von 50 Pf. während der Vertragsdauer. Die geplanten Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durch die Un-

ternehmer sind damit abgewehrt. Am 4. April nahmen die Streikenden die Arbeit wieder auf, die Streikbrecher mußten den Betrieb verlassen.

Soziale Rundschau.

Der Verband der Büroangestellten Deutschlands, Bezirksgruppe Baden und Pfalz, hielt am Sonntag vormittag im Zieglerpale in Karlsruhe eine Tagung der Kassanangestellten ab mit der Tagesordnung: 1. Die badische Musterdienstordnung in ihrem Entwurf und ihre jetzige Fassung. Referent: Kollege Kraiser-Mannheim. 2. Unsere Stellungnahme zur badischen Musterdienstordnung. Referent: Kollege Giebel-Berlin. Der Referent zum 1. Punkt der Tagesordnung verbreitete sich über die von der Regierung vorgelegte Musterdienstordnung und betonte, daß der Entwurf der Regierung zeigt, daß sie nur zum Teil den Wünschen der Angestellten entgegengekommen ist. Auf der Konferenz, die unter Teilnahme der Vertreter der Angestellten und des Ministeriums stattgefunden hat, ist es durch die Initiative des Vertreters der Büroangestellten gelungen, eine Änderung dahingehend herbeizuführen, daß, anstatt wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, daß den Angestellten nach zehnjähriger Dienstzeit nur aus kräftigen Gründen gekündigt werden darf, schon nach fünfjähriger Dienstzeit nicht ohne Grund gekündigt werden kann.

Der zweite Referent Kollege Giebel führte u. a. aus: Wer die Verhältnisse der Angestellten vor 15 Jahren sich vor Augen hält, muß zugeben, daß die Organisation der Büroangestellten sich um ihre Mitglieder große Verdienste erworben hat. Die nationalitätliche Zersplitterung in der Gehaltsfrage einen glatten Schiffsbruch erlitten. Es ist überall die Tendenz vorhanden, die Kollegen zu klassifizieren und ein einheitliches Vorgehen der Organisation zu hinterstreichen. Die Kollegen müssen sich mit aller Macht gegen diese Tendenzen wenden. Auch in die badische Dienstordnung ist der Angestelltenauschutz nicht herübergerettet worden. Wenn der Ausschuss nicht mehr vorhanden ist, dann haben die Angestellten dem Kassanvorstand gegenüber gar keine Vertretung mehr. Es muß deshalb dafür gesorgt werden, daß der Angestelltenauschutz erhalten bleibt. Die gesamten Mehrheitsbeschlüsse zur Anstellung der Hilfsarbeiter oder Angestellten sind nur dazu angetan, die Militäranwärter in die Kasse zu bringen. Was man beim Prüfungsausschuss sich an Verbalhormisierung des Gesetzes geteilt hat, ist jeder Beschäftigte. Auf die Zusammenfassung des Prüfungsausschusses ist besonderes Gewicht zu legen, denn bei seiner Zusammenfassung kann ohne die Genehmigung des Oberprüfungsamtes überhaupt niemand mehr angestellt werden. Es ist deshalb den Kassanvorständen plausibel zu machen, daß sie geradezu Verrat an Selbstverwaltung der Kassen üben, wenn sie diese Prüfungsausschlüsse schließen würden. Nach Artikel 35 des Einführungsgesetzes zur Angestelltenversicherung haben die Kassen das Recht, die Ruhegehaltsberechtigung der Angestellten, sofern sie nach dem 1. Januar 1908 eingeführt wurde, ohne weiteres aufzuheben. Die Kollegen haben gar keine Ursache, dem gefährlichen Phantom der Ruhegehaltsberechtigung nachzugehen; sie müssen auf anderem Wege das zu erreichen suchen, was ihnen die Ruhegehaltsberechtigung verpricht. Das sind die Kassanangestellten am meisten not, ist Solidarität zu üben und die Gewähr des Vorwärtschreitens der Angestellten wird auch weiterhin gegeben sein.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen von Pforzheim, Konstanz, Freiburg, Baden, Karlsruhe, wobei betont wurde, daß die Kollegen ihr Augenmerk darauf richten sollen, möglichst hohe Gehälter zu erhalten und sich nach freiem Ermessen zu verhalten, um sich so die Freizügigkeit ungehindert erhalten zu können.

In seinem Schlußwort empfiehlt der Referent Giebel die Versicherung der Angestellten bei der Verbandsdienstleistung und betont weiter, daß die Vorgänge der neuesten Zeit gerade dazu angetan sind, den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen, um ihre Erwerbsverhältnisse zu erhalten und denselben neue hinzuzufügen. Es muß die Aufgabe der Kollegen sein, das bei der Tagung Gehörte zu verwirklichen, um sich so ihre Rechte als freie Menschen zu sichern. Folgende Resolutionen sind alsbald einstimmig angenommen:

Die heute in Karlsruhe versammelten Krankenkassanangestellten aus Baden und der Pfalz sprechen dem Verband der Büroangestellten ihre Anerkennung für seine Tätigkeit in der Schaffung der Dienstordnung für die Krankenkassanangestellten aus und erwarten, daß er auch fernerhin die Interessen der Angestellten auf dem besprochenen Wege weitervertritt. Sie beauftragen die Bezirksleitung mit der freien Vereinigung der badischen Ortskassanangestellten über eine einheitliche Dienstordnung Badens zu verhandeln, und zwar auf Grundlage der tariflichen Musterdienstordnung. In jedem Falle soll die Bezirksleitung den Kollegen unverzüglich Informationen über die staatliche Musterdienstordnung zukommen lassen.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. In Pforzheim hatte die Arbeiterpartei unter einer enormen Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Arbeiterorganisationen wandten sich um Hilfe an den Magistrat, forderten Notstandsarbeiten, Einführung der Arbeitslosenversicherung. Die Antwort des Magistrats lautet: 'Der Magistrat ist der Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit zurzeit für überwinden gelten kann und daß die Stadt von der Einführung einer Arbeitslosenversicherung zurzeit absehen müsse, solange nicht eine Unterlage durch Reichs- oder Staatsgesetzgebung geschaffen sei. Deshalb und weil eine besondere Vorlage nicht besteht, nimmt der Magistrat davon Abstand, eine Vorlage zu machen. Er sieht das Normale in der Selbsthilfe der Arbeiter.'

In derselben Sitzung wurden aber 12.000 M. für feierliche Veranstaltungen bewilligt. Ferner wurde beschlossen, die Einkommen von über 420 M. zur Steuer heranzuziehen.

Aus dem Lande.

Durlach. Sozialdem. Bürgerausschuffraktion. Die Parteigenossen treffen sich am Mittwoch abend spätestens eine Viertelstunde vor der Sitzung in Sitzungssaale des Bürgerausschuffes.

Voranschlagsberatung im Bürgerausschuff. Sitzung vom 2. April. Es wird um 1/6 Uhr erst in die Beratung des Voranschlags eingetreten. Angesichts der vorgeschrittenen Zeit verzichtet Bürgermeister Dr. Reichardt auf längere Vorlegungen zum Voranschlag, behält sich aber vor, näher auf die eine oder andere Frage einzugehen, falls sie im Laufe der Verhandlungen angesprochen werde. — In der Generaldiskussion wünscht zunächst H. A. M. Steeger, daß mehr am Platz gekauft werden könnte, die Neigung, den Bedarf im nahen Karlsruhe zu decken, sei bei der bequemen Verbindung leider hier sehr groß. Redner tritt für eine anderweitige Regelung des Submissionswesens ein. Es entsteht zunächst eine kleine Handwerkerdebatte, an der sich die Herren Steeger und Widmann beteiligen. Der Vorsitzende macht ihnen den Vorschlag, sie möchten im Gewerbe- und Handwerkerverein einmal einen Normalpreistarif ausarbeiten und dem Gemeinderat unterbreiten. — H. A. M. Fritsch (H.) regt an, das System der 'Keinen Anfragen' in jeder Sitzung auch hier durchzuführen, ferner möchte dem Voranschlag eine Uebersicht über die Umlagefüße der badischen Städte, soweit möglich, beigefügt werden. — H. A. M. Steinbrunn anerkennt die umfassende Tätigkeit, die die Stadterwaltung in den

letzten Jahren entfaltet hat und betont erneut die Notwendigkeit eines neuen Schlachthaus, sowie eines neuen Kranenbauwerkes, ferner sei die Errichtung öffentlicher Bedürfnisanstalten, jetzt, nachdem die Schwemmanalysen da sei, ein dringendes Bedürfnis. — G. M. Gen. Lohr schließt sich der Anregung die 'Keinen Anfragen' betr. an und wünscht ferner, daß dem Voranschlag für 1915 wieder die Statistik über die Schulverhältnisse und über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter angegeschlossen werden möge. Der Vorsitzende sagt dies zu, ebenso äußert er sich zustimmend zu den 'Keinen Anfragen'. Er sei bereit, dieselben einzuführen in der Form, daß sie mindestens einen Tag vor der betr. Sitzung schriftlich bei ihm eingebracht werden sollten. Er stimmt ferner mit H. A. M. Steinbrunn überein in der Schlachthausfrage und in der Bedürfnisanstaltenfrage. Angesichts der Schließung der Verhältnisse hier werde in absehbarer Zeit an den Bau eines neuen Schlachthaus herangetreten werden müssen. — H. A. M. Gen. Strubel begrüßt gleichfalls die in Aussicht gestellte Errichtung eines modernen Schlachthaus. H. A. M. Gen. Sackberger weist auf die Notwendigkeit des Umbaus der Marktschule in der Friedrichschule hin. — Bürgermeister Dr. Reichardt erklärt, daß dieselben während der Sommerferien umgebaut werden. — H. A. M. G. Leibert führt Klage über die hohe Einschätzung der Grundstücke, worauf ihm der Vorsitzende antwortet, daß dies Sache der staatlichen Steuerbehörde und Beschwerden darüber dort anzubringen seien. Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdebatte wird zunächst die Offenhaltung einer Reihe von Restfälligkeiten, für Straßen-, Kanal- und sonstige Bauten pro 1914 beschlossen. — Bei Position 'Gärten' wünscht Gen. Kengel die Verbesserung des Zufahrtsweges zu den jüngst vergebenen Schrebergärten. — Bei Position 'Baumpflanzungen' entsteht eine lebhafte Debatte. H. A. M. Veberle begrüßt es lebhaft, daß die Stadt die Obstbaumzucht fördere, nur ist er unzufrieden mit der Qualität der bezogenen Bäume. Zu der Frage sprachen ferner noch die Herren Kleiber, Werth und Meier, sowie Gen. Hochschild, der empfiehlt, künftige Obstbaumstellungen gemeinsam mit dem landwirtschaftlichen Bezirksverein und dem Kreisamtslehrer durchzuführen. — Bei der Position 'Friedhof' trägt H. A. M. Meier die alten Klagen vor über die Schädigung des Gärtnerberufes durch die Stadt, weil sie auf Wunsch die Unterhaltung von Gräbern übernimmt. — Bei der Position 'Wage, Maße, usw.' bringt H. A. M. Gen. Hochschild die Verhältnisse am alten Wahnberg zur Sprache, während H. A. M. Sackberger wünscht, daß die Schloßgartenmauer längs der Schloßstraße niedriger gemacht werde. — Bei Position 'Wald' tragen die H. A. M. Veberle und Kleiber Klagen über die nach ihrer Ansicht nicht richtige Anpflanzung und Pflege des Waldes vor und machen dafür besonders den Waldmeister verantwortlich. — G. M. Foller tritt diesen Ausführungen entgegen. (Fortsetzung folgt.)

Was die Arbeiter bei Ortner für andere verdient haben. In der letzten Versammlung der Maschinenfabrik Ortner A.-G. Durlach wurde die Dividende auf 18 Prozent festgesetzt. Die ausstehenden Ausschüttungsmitglieder wurden wiedergewählt. Die Direktion teilte mit, daß die Aussichten für das laufende Jahr befriedigend sind.

Raffatt.

Proher Abschied. Dem 'Mastatter Tageblatt' zufolge wird Herr Direktor Jakob von der Waggonfabrik in die Leitung des vor einiger Zeit gegründeten Verbandes der Waggonfabriken österr., dem auch die Waggonfabrik Raffatt angeschlossen ist. Das, wie das 'Mastatter Tageblatt' schreibt, die Arbeiter der hiesigen Waggonfabrik den Wegang ihres Direktors sehr bedauern, glaubt das 'Mastatter Tageblatt' ebenso wenig wie Herr Jakob selbst. Die einzigen, die seinen Weggang bedauern, werden wohl die Pfadfinder sein, die dadurch ihren Förderer und General verlieren. Zum Abschied mag Herr Jakob gesagt sein, daß die Arbeiter der Fabrik aufpassen werden, wenn er aus der Fabrik verschwinden wird. Daß die paar von ihm bevorzugten Gelben im Waggonbetrieb sein Schicksal bedauern, mag zugegeben werden, denn der übermäßige Arbeitsdruck derselben wird dann o'n Ende haben.

Offenburg.

Vortragsschluss. Letzten Sonntag fand der fünfte Vortrag über die Geschichte des Sozialismus statt. Gen. Trinkl behandelte die Lehren der beiden großen Utopisten Thomas Morus und Camanella, die im humanitären Zeitalter lebten, und aus den Verhältnissen ihrer Zeit heraus die Mängel derselben erkannten, idealere Zustände anstrebten, und das Unrecht und die Unterdrückung beseitigen wollten. Die von ihnen verbreiteten Lehren wurden deshalb auch von den herrschenden Mächten auf das heftigste bekämpft und Thomas Morus mußte für seine Uebersetzung in den Tod gehen. Auch Camanella mußte für seine Uebersetzung ein ganzes Menschenalter im Gefängnis schmachten. Man kann beide als Vorläufer des Sozialismus bezeichnen, wenn auch manche ihrer Gedankenansätze falsch oder anders geartet waren, als sie der Sozialismus in seine Ideale erstrebt. Beide großen Männer erkannten, daß die Verhältnisse zum Grund auf eine Umwälzung erfahren müßten, um ihr Streben, die bedrückten Volksklassen auf eine höhere, freie Lebensstufe zu bringen, zu verwirklichen. Freilich glaubten sie noch nicht an die Kraft des Proletariats, daß dieses die Umwälzung vornehmen könne. Dies war eben der Auffassung ihrer Zeit gemäß.

Zum Schluss seines lehrreichen Vortrages zeigte Gen. Trinkl, wie notwendig das Studium der Geschichte des Sozialismus sei, um als Pionier für eine bessere, freiere Zukunft der Menschheit tätig zu sein. Diese Vorträge müssen die Belebung zum Studium geben. Lebhafter Beifall folgte den interessanten Ausführungen. — Auf Vorschlag des Gen. Trinkl finden die nächsten Vorträge, um nicht zu weit in den Sommer damit zu kommen, in dieser Woche ihren Abschluß. Am Gedonnerstag abend 1/9 Uhr ist eine Vortragsstunde und dann am Karfreitag vormittags 1/10 Uhr werden die beiden letzten Vorträge gegeben. Diese Vorträge werden von den Teilnehmern gutgeheißen. Öffentlich werden auch diese Vorträge noch recht gut besucht, damit auch der Abschluß ein guter zu nennen ist.

Genosse Oberfell mit Familie wird nächster Tage seinen Wohnsitz von Offenburg nach Baden-Baden verlegen. Während seiner mehrere Jahrzehnte währenden Anwesenheit in Offenburg als Geschäftsführer der Druckerei A. D. G. e. d., wie in seiner Parteilichkeit von Gen. Oberfell ein eifriger, strebsamer Arbeiter und Parteigenosse. Im Bürgerausschuff war er stets auf seinem Posten, wir sehen ihn deshalb mit Bedauern scheiden. — Als Nachfolger im Bürgerausschuff ist nach der Wahlliste Genosse Winter vom Stadtrat bestimmt.

Der Schluß der Volksschule bot den zahlreich anwesenden Eltern und Schulfreunden einen erhebenden und freudigen Genuß. Die prächtigen, sauberen und sicher vorgetragenen Gesänge, die schönen Vorträge der Schüler verdienen uneingeschränktes Lob. Herr Stadtschulrat Breitbeil gab in seiner lebenswarmen, gegreifenden Ansprache den entlassenen Schülern treffliche Gebenworte mit.

Die Bürgermeisterwahl beschwor, noch ehe sie sprachen, schon wieder eine Presche zwischen den hiesigen bürgerlichen Zeitungen heraus. Das Waldmiedelorgan 'Offb. Bl.' und dessen Preschradanten machen ein großes Bau-Wau über die Gehälter und Pensionberechtigungen der Bürgermeister

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

Es ist nicht in allen... (Small text on the right margin)



### Letzte Nachrichten.

#### Rücktritt des Kölner Polizeipräsidenten.

Köln, 6. April. Der Kölner Polizeipräsident von Wegmann, der bekanntlich nach der Beendigung des Polizeiprozesses seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachsuchte, ist heute von seinem Amt zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der Oberregierungsrat von Gläsenapp der bisherige Dirigent der achten Abteilung des Polizeipräsidentiums in Berlin ernannt. Der neue Polizeipräsident ist bereits heute hier eingetroffen.

#### Verhaftung des Debrecziner Attentäters.

Budapest, 6. April. Der langgehegte Urheber des Attentats gegen den Debrecziner Bischof Miklosy namens Katarau ist verhaftet worden. Nach einer Depesche Uesküb ist der Attentäter auf Grund des Signalements im Stadtbüro festgenommen worden. Der österreichische Konsul in Uesküb hat bei der serbischen Regierung bereits die Auslieferungsverhandlungen eingeleitet.

#### Ein österreichisches Zubern.

Zusbruck, 6. April. Aus Bruned wird gemeldet: Hauptmann Ritter von Dittmann vom 36. Inf.-Reg. in Bruned befand sich in vergangener Nacht mit 5 Herren der Jagdgesellschaft Subertus im Gasthof zum „Weißen Lamm“ und später in einem Weinfelder der Weinhandlung von Meyer. Als der Offizier den Keller verlassen wollte, fand er die Tür verschlossen. Als diese nicht sofort geöffnet wurde, geriet der Offizier in große Aufregung, schrie und zog den Säbel. Als dann die Tür geöffnet wurde, holte der Hauptmann aus der Kaserne einige Mann herbei, die dann mehrere Herren auf seinen Befehl verhafteten und in die Kaserne brachten. Es trifft jedoch nicht zu, daß die Herren von den Soldaten, wie hier verlautet, mit dem scharf geladenen Gewehr bedroht worden seien. Soweit sich die Angelegenheit, die vom Kommando des 14. Korps bestätigt wird, übersehen läßt, hat der Urheber des bedauerlichen Vorfalls in einem Zustande völliger Sinnesverwirrung gehandelt. Von zuständiger Seite ist sofort alles Nötige eingeleitet worden, um den Sachverhalt klarzustellen.

#### Wahlen in Schweden.

Goeteborg, 6. April. Nach der heute beendeten Zählung der Stimmen bei der Wahl zur Zweiten Kammer in der Stadt Goeteborg erhielten die Sozialdemokraten 6766, die Verteidigungsfreunde 6660 und die Freisinnigen 4675 Stimmen. Gewählt sind 3 Sozialdemokraten, 2 Verteidigungsfreunde und 2 Freisinnige. Bei den Wahlen 1911 wurden 3 Gemäßigte, 2 Freisinnige und 2 Sozialdemokraten gewählt. Die Stimmzahl 1911 war folgende: Gemäßigte 4419, Liberale 3711 und Sozialdemokraten 3464 Stimmen. Bis heute hat die Rechte im ganzen 4 Kläte gewonnen und 1 verloren, die Linke 2 verloren und die Sozialdemokraten 1 gewonnen und 2 verloren.

#### Zur Lage in Albanien.

Durazzo, 6. April. Im Hinblick auf anarchischen Zustände in Südalbanien ließ die albanische Regierung Listen über die zur Bildung einer Miliz verfügbaren Bestände anlegen. Wie verlautet, werden im ganzen Lande alle ehemaligen Redits vom 29. bis 39. Lebensjahr heute oder morgen zu Kontrollversammlungen einberufen werden.

#### Die neue chinesische Verfassung.

Shanghai, 6. April. Der neue Verfassungsentwurf gibt alle Rechte in die Hände des Präsidenten. Der Präsident entscheidet über Krieg und Frieden, er ernennt die Beamten und ist berechtigt, neue Ämter zu schaffen, Beamte zu befördern zu degradieren. Der Gesetzentwurf soll bis zum 20. April fertiggestellt werden.

#### Briefkasten der Redaktion.

A. S. hier. Ein Durchgangszimmer darf selbstverständlich vermietet werden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kabele; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, a. L. in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

#### Wasserstand des Rheins.

7. April.  
Schusterinsel 2.86 m, gest. 1 cm, Rehl 8.83 m, gest. 5 cm, Maxau 5.55 m, gest. 10 cm, Mannheim 5.14 m, gest. 28 cm.

**Juno**  
Cigarette  
JOSETTI  
Cigaretten

ist **Kufeke**  
in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte **Krankenkost.**

Werbt neue Abonnenten für den Volksfreund!

Die Preise sind in Anbetracht der guten Qualität, ausserordentlich niedrig bemessen.

**Knaben-Anzüge** 3<sup>50</sup> bis 25<sup>00</sup>  
in ausgesucht schönen Farb. M

**Herren-Anzüge** 20<sup>00</sup> bis 50<sup>00</sup>  
in 1 u. 2-reihig. Fassons M

**Burschen-Anzüge** 15<sup>00</sup> bis 40<sup>00</sup>  
in mod. hell u. dunkl. Dess. M

**Kommunikant.-Anzüge** 12<sup>00</sup> bis 35<sup>00</sup>  
blau u. schwarz, 1 u. 2-reih. M

**Herren-Hosen u. Joppen** 2<sup>50</sup> bis 15<sup>00</sup>  
in grosser Auswahl M

Lieferung eleganter **Herren-Anzüge** nach Mass M etc.  
Anerkannt vorzüglicher Schnitt u. Passform.  
**Grosses Stofflager.**

**Julius Löwe**  
Karlsruhe Südstadt  
nur **Werderplatz Nr. 25.**  
Rabatt-Marken.

### Bekanntmachung.

Den Verkauf von Gelände im Stadtteil Müppurr betr.

Es ist in Aussicht genommen, einen Teil des städtischen Geländes an der Kastatter Straße und an der Lühov-Straße zwischen der Kastatter und der Nied-Straße zum Zwecke der Bebauung alsbald freihändig zu verkaufen. Die Baupläne eignen sich vornehmlich zur Errichtung von Wohnhäusern; sie gehören der 14. Bauklasse (§ 124 der städtischen Bauordnung) an. Der Käufer muß binnen 6 Monaten vom Kaufabschluss mit der Bebauung beginnen.

Kaufinteressenten werden gebeten, ihre Preisangebote, die sich einschliesslich der Straßen-, Kanals- und Gehwegherstellungskosten verstehen, beim Stadtrat einzureichen.

Ein Plan liegt zur Einsichtnahme auf dem städtischen Tiefbauamt (Mathaus, 3. Stock) auf.

Karlsruhe, den 3. April 1914. 181

**Der Stadtrat:**  
Dr. Paul Neubed.

### Gebrüder Scharff

Wir empfehlen:

**Nudeln**  
Gemüsenudeln per Pfd. 30 S.  
Suppennudeln „ „ 30 S.  
Muscheln „ „ 30 S.  
Hörnchen „ „ 30 S.  
Eier-Hausmacher per Pfd. 38 S.

**Maccaroni**  
Qual. IV (Bruch) 26 S.  
Qual. III „ 30 S.  
Qual. II „ 36 S.  
Qual. I „ 40 S.

**Dörrobst**  
Pflaumen p. Pfd. 28 32 40 S.  
Dampfpfäfel p. Pfd. 60 S.  
Birnschnitze per Pfd. 26 S.  
Feigen „ 30 S.  
Aprikosen p. Pfd. 92 S.

**Mischobst**  
vorteilhaft gemischt per Pfd. 32 und 40 S.

**Wein**  
Pfälzer Weisswein per Liter 70 S.  
Rotwein p. Ltr. 70 S.  
Samos-Muscat per Liter 85 S.  
In Flaschen:  
Pfälzer Weisswein per Flasche 80 S.  
Rotwein p. Fl. 90 S.  
Samos-Muscat per Fl. 80 u. 90 S.  
Medizinalein per Fl. 90 u. 115 S.  
Apfelwein p. Fl. 25 S.  
Flaschenpfand 5 u. 10 S.

**Die billigste Quelle**  
in getragenen Anzügen, Schuhe, Heberzieher u. 4 M an, Mäster u. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkaufsgeschäft von **Arnold Schap**, 311 Zähringerstraße Nr. 33.

**Prima Emailherde**  
wegen Umzug von 50 Mark an zu verkaufen.  
Nehme gebrauchte in Zahlung.  
**Herb. Marienstraße 15.**  
Gebrauchte Herde von 8 Mk. an.

**Altmetalle**  
Kumpen, Flaschen, Schuhe u. Kleider, Keller- u. Speichersfram läuft stets zu hohen Preisen  
**Karl Kreis jr.**  
Angartenstr. 27, 2. St. 3. St. 81 früher Angartenstr. 81.

### Ein Waggon Emailherde

ist eingetroffen und offeriere dieselben äußerst billig.  
**Ernst Marx**, Luisenstraße 45,  
Herb-, Ofen- und Haushaltungs-Geschäft.  
187 Fernruf 3086.

### Schuhwaren

Selten wiederkehrende Gelegenheit! Ueber 1000 Paar Herren- und Damenstiefel, Chevreau, Voicaf und Led, von weltbekanntem erstklassiger Firma, werden weit unterm Fabrikpreis verkauft. Sonst 12.50 bis 16.50 180

jetzt nur **8.50 bis 9.50** nur feinste Rahmenarbeit.

Verkauf: **A. Mayer**, Schuhreparatur,  
Zähringerstr. 19 und Waldhornstr. 31.

### J. Blums

**Zug- u. Stovorrichtung**  
mit 2 Stangen für Vorhänge und 3 Stangen für Stör und Vorhänge fertig zum Gebrauch. Jeder kann dieselben auf- und abmachen.

**Polierte Holzgalerien**  
in allen Längen. 105 Solide und dauerhafte Ware. Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. — Preisliste gratis. —

Nur bei **J. Blum**,  
Schützenstr. 49 Telef. 3097

### Stadt. Vierordtbad

**Versch. Kurbäder**  
Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.

**Damenbadezeit:** Montag u. Mittwoch vormitt. 1/8 bis 1 Uhr und Freitag 2 bis 8 Uhr. 7152

**Herrenbadezeit:** „Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 1/8-12 Uhr.“ Auch ab. Mittag geöffnet.

### Zur Saat

empfehle 185

**Saatkartoffeln**  
frühe u. späte Sorten  
**Glücksaat**  
**Esparsette**  
**Saaterbsen**  
**Saatwicken**  
**Saatgerste**  
**Saathafers**  
sämtliche  
**Gartenfämereien**  
**Düngemittel**  
jeglicher Art  
zu billigsten Preisen

### Zuger und Filialen.

**Kleingärten im Dammerstock.**  
Die Gartenlose sind nunmehr zugeweiht. Die bei uns eingeschriebenen Pächter werden ersucht, sich in der Zeit vom Freitag, den 3. bis mit Samstag, den 11. April zur Unterzeichnung der Pachtvereinbarung bei dem Zimmer Nr. 116 einzufinden zu wollen.  
Karlsruhe, den 2. April 1914.  
Städtisches Tiefbauamt.

### Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zapfenhaarketten, Puppenverkleidungen usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig.

**Karl Rösch, Friseur**  
Aue bei Durlach.

**Fahrrad**, gebrauchtes, zu verkaufen, fassen. Angulosen 1/7 Uhr abends.  
Philippstr. 21, 2. St. u.

**Kinderliegwagen** u. Spielzeuge sind billig zu verkaufen.  
Marienstr. 18, 3. Stock.  
Kinderlieg- u. Spielwagen gut erb. u. ein zweifelh. Spielwagen billig zu verk. **Waldstraße 30** (Mühlbura, Preisen)

**Pfannkuch & Co**  
**Ostern 1914!**  
 Frische  
**Eier**  
 4 direkte Waggons  
 darunter 1 Waggon  
 bayerische Landeier

**Vollfrische  
 Trinf-Gier**  
 schwer fortsetzt — streng durchleuchtet

10 Stück	<b>76</b>	Pfg.
50 Stück	<b>3.75</b>	
100 Stück	<b>7.40</b>	

**Sied-Gier** große  
 10 Stück **65** Pfg.  
 50 Stück **3.20** 100 Stück **6.30**

**Sied-Gier** mittel  
 10 Stück **61** Pfg.

Bei Abnahme von 10 Eiern  
 1 Paket Eierfarbe gratis.

**Zum Färben:** 170

**Giftfreie Eierfarben**

Paqueten für ca. 10 Eier	<b>3</b> Pfg.
5 verschied. Farben per Paquet	<b>7</b> Pfg.
Mikado-Papier & Warmorieren per Stück	<b>10</b> Pfg.

**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 in den bekannten Verkaufsstellen

**Stockfische**, frisch gewässerte  
 sowie  
**Steierische Gier**  
 sind zu haben bei  
**Frau Mäule, Durlach**  
 Ecke Kelter- und Bismarckstraße  
 und Samstags auf dem Wochenmarkt. 80

**Butter**  
 Allerfeinste, mehrfach prämierte **Molkerei-Süßrahm-Tafelbutter** empfiehlt und versendet täglich frisch zum billigsten Tagespreis 175

**Gotthilf Lieb, Karlsruhe**,  
 Kapellenstrasse 74, Telephon 1926,  
 Größtes Butter-Spezialgeschäft am Platze.  
 Hauptniederlagen und Detail-Verkauf:  
 Waldhornstr., Ecke Kaiserstr. — Kurvenst. 15.  
 Telephon 2563. Tel. 2349.



**Moderne Hüte**

für Herren, Knaben und Konfirmanden sind neu eingetroffen, bei bekannt grosser Auswahl zu billigen Preisen. 7826  
 Ebenso **Neuheiten in allen Herren-Artikeln** im  
**Hutgeschäft Schick, Hardtstr. 21. Telephon 3155.**

**Sämtliche Neuheiten**  
 für  
**Frühjahr und Sommer**  
 sind eingetroffen und bitte bei eintretendem Bedarfsfall um gütige Berücksichtigung.  
**August Schindel jr., Durlach**  
 Hauptstr. 88. 63  
 NB. Beachten Sie gefl. Schaufenster und Preise!

**Staatsbrauerei Rofhaus**  
 empfiehlt ihr helles und dunkles Bier.  
**Ausschank:**  
 Wirtschaft Deutscher Hof in Karlsruhe  
 Bahnhofwirtschaft „ „  
 Kaiser-Automat „ „  
**Bier-Niederlage (Fr. Völker)**  
 Kreuzstr. 11a in Karlsruhe (Teleph. 3213).  
 Verkauf in 174  
 Fässern, Siphons, grossen und kleinen Flaschen.

**Sie sparen Geld**  
 wenn Sie  
 Sachenkleider, Röcke,  
 Blusen, Mäntel zc.  
 Wilhelmstr. 34 eine  
 Treppe  
 kaufen. — Keine Ladenpfeiler.  
**NICHI HUSTEN**  
 Schützen Sie sich vor Husten  
 Keuchhusten, Keuchstich durch  
 Wundenarbeiten • erhältlich  
 in allen Apotheken • Drogerien  
 • Preis 1/2 Originalschachtel

**Geschäftseröffnung und Empfehlung.**  
 Teile meiner verehrten Nachbarschaft sowie Freunden und Bekannten mit, daß ich  
 Augartenstraße 49 eine  
**Mehlgerei u. Würstlerei**  
 eröffnen werde. Empfehle prima Rindfleisch und Würstwaren sowie frische Süß- und Schenmann.  
 Bede stets bestrebt sein, meine Kundschaft reell zu bedienen. Um geneigten Zuspruch bittet  
**Otto Ganz.**

Für die  
**Wirtschaft zur Gewerkschaftszentrale**  
 Kaiserstraße 13/15  
 wird zum 1. Juli 1914 ein geeigneter Wirt (Geschäftsführer) gesucht.  
 Bewerbungen sind bis zum 20. April 1914 an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsartells Aug. Dipp, Wilhelmstr. 47, einzureichen.  
**Die Kartellkommission.**

**Konfirmanden-, Oster-, Hochzeits- und Verlobungs-Geschenke**  
 in Pforzheimer Gold- und Doublewaren  
 Taschenuhren u. 10 K an, Ketten in all. Preislagen  
 Armbänder, Ohrringe, Collier Kreuzen Herzchen  
 Trauringe in all. Preislagen  
 empfiehlt billig 7772  
**Christ. Fränkle**  
 Goldschmied, Karlsruhe,  
 7a Kaiser-Passage 7a.  
 Patentöffel jed. Art, fow. Tafelbestecke, Kaffee- u. Teelöffel.  
 Für Vereine: Becher, Pokale, Trinkhörner.

Verfuchen Sie mein  
 anerkannt vorzüglich.  
**Weizen-  
 O Mehl**  
 aus einer der ersten  
 schweizerischen Mühlen  
 das 5 Pfd.-Paquet zu  
**95 Pfg.**  
**Bucherer**  
 in sämtlichen  
 Filialen. 7866

**Frauen**  
 welche sich mit der Maschinen-  
 strickeret beschäftigen wollen,  
 ist Gelegenheit geboten, sehr  
 billige gebrauchte Maschinen in  
 bestem Zustand zu erwerben.  
 Jufer. Karlsruher, Sophien-  
 straße 41, parterre. 728

**Großer  
 Seefischmarkt  
 am Donnerstag.**  
 Größte Auswahl der  
 Fischsorten!  
**Süßwasserfische**  
 Hechte, Zander,  
 Schleie, Karpfen zc.  
 In frisch gewässerte  
**Stockfische**  
 blütenweiße Mittelstücke  
**Fischkotelette**  
 billigste Preise  
 nur 184  
 Ecke Hauptstraße und  
 Marktplatz  
**Luger, Durlach**

**HERDE**  
 in Email und schwarz lackiert,  
 erstkl. Fabrikate. Billige Preise.  
 Teilzahlung gestattet.  
**A. Schwinn, Steinstraße 25**  
 Teleph. 3573 am Ridelplatz

**Billig zu verkaufen:**  
 dunkelgraues Jackett-Kostüm,  
 neues schönes Mouffelinekleid.  
 Scheffelstraße 64, 2. St. 178  
**Sib- u. Liegwagen**, gut  
 billig zu verkaufen. Karl-  
 Wilhelmstr. 40, 4. Stock, 118.

**Knabenanzüge**  
 von den einfachsten bis aller-  
 feinsten in sehr großer Auswahl  
 zu allerbilligsten Preisen. 8235  
**L. Greß, Marienstr. 27.**

**Gelber Hart-  
 weizengries**  
 zu allen Kochzwecken  
 vorzügliche Qualität  
 das Pfund **22** Pfg.  
 empfiehlt 93

**Bucherer**  
 in sämtlich. Filialen.  
**Geolin**  
 der richtige  
**Metallputz**  
 Überall zu haben.



# Schuhwaren

Diese Woche!

**Extra-Preise!**

So lange Vorrat!

**Für Kinder:**

Kinderstiefel, Ziegenleder schwarz und braun (mit Absatzfleck)	18-22 20-22*	<b>1.45 1.95</b>
Kinderstiefel, Ziegenleder schwarz und braun . . . . . Paar	23 24 25-26	<b>2.45 2.95</b>
Kinderstiefel, Ziegenleder, braun mit fester Sohle und Absatz . . . . . Paar	22-24 25-26	<b>2.95 3.45</b>
Kinderstiefel, braun, Ziegenleder Derby mit Lackkappe . . . . . Paar	22-24 25-26	<b>3.75 4.25</b>
Kinderstiefel, braun, Ziegenleder Derby mit Lackkappe . . . . . Paar	27-30 31-35	<b>5.25 5.75</b>

**Für Damen und Herren:**

Damen-Halbschuhe, Derby, Lackkappe oder Knopfschuhe mit Lackkappe . . . . .	7.50 5.90	<b>4.75</b>
Damen-Halbschuhe, braun, Knopfschuhe m. Lackkappe od. Derby m. Lackkappe 8,50 6,75		<b>5.90</b>
Damen-Schnürstiefel, Derby mit Lack- kappe . . . . .	8.95 6.75	<b>4.75</b>
Damen-Knopfstiefel mit Stoffeinsatz . . . . .		<b>6.90</b>
Herren-Stiefel, Rindbox, gute Qualität . . . . .		<b>7.90</b>
Herren-Stiefel, Rosschvreaux, Derby, mit Lackkappe . . . . .		<b>8.90</b>

**Für Kinder:**

Kinderstiefel, braun, Boxcalf, hübsche helle Farben . . . . . Paar	22-24 25-26	<b>3.95 4.45</b>
Kinderstiefel, Rindbox breite Form . . . . .	22-24 25-26	<b>2.75 3.25</b>
Kinderstiefel, Rindbox breite Form . . . . .	27-30 31-35	<b>3.75 4.25</b>
Knabenstiefel, Rindbox hübsche Form . . . . .		<b>6.90</b>
Knabenstiefel, Rosschvreaux Derby mit Lackkappen . . . . .		<b>7.90</b>

## Hausschuhe

mit Cordelsohle oder Ledersohle		Leder-Niedertreter schwarz und braun, mit biegsamer Sohle		Leder-Hausschuhe mit fester Sohle	
Damen	Herren	Damen	Herren	Damen	Herren
<b>85</b>	<b>95</b>	<b>2.50</b>	<b>2.95</b>	<b>2.75</b>	<b>3.25</b>

**Goodyear-Welt Damen- und Herren-Stiefel** schwarz und farbig, neue Formen, solide Ausfüh., ständiger Preis Paar **12.-**

**Gegen Motten:**

Naphtalin in Schuppen . . . Pfd. 25	3
Naphtalin in Kugeln . . . . . Pfd. 30	3
Kampfer-Ersatz . . . . . Pfd. 75	3
Kampfer . . . . . Pfd. 8,00	

# KNOPF


**Regen-Schirm**

für Damen und Herren, unsere „Spezial-Marke“, Halbseide, mit Futteral, schöne moderne Griffe  
**5.90 4.90 3.40**

**Oster-Geschenkartikel!**

**Oster-Karten!**

**Reise-Artikel!**



**Esbu**  
Essbutter Ersatz

trustfrei

Alleinig-Fabrikanten  
Bergisch-Märkische Margarinarwerke  
**F.A. Jsserstedt, Elberfeld.**

Per Pfund **95** Pfg. — bei 5 Pfund **90** Pfg.

**Pfannkuch & Co.**  
G. m. b. H.  
in den bekannten Filialen.

**Bereinsbank Karlsruhe**  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Die abgerechneten Einlagebücher sowie die noch nicht erhobenen Dividenden auf die vollen Geschäftsanteile können an unserer Kuponkasse in Empfang genommen werden.  
Der Vorstand.

**Zur Osterzeit!**  
empfehle ich meine in bekannt guter und feiner Qualität, rote und gelbe  
Caramel-Hasen . . . per Pfund **70** Pfg.  
Schokolade-Rahm-Hasen . . . per Pfund **1.20**  
sowie  
**Schokolade-Hasen und Eier**  
in jeder Preislage.  
Hochachtungsvoll  
**Heinrich Denecke**  
Karlsruhe, Schützenstr. 19.  
Durlach, Hauptstr. 43.

**Altgäuer Schweizer-Käse**  
1/4 Pfd. 25 Pfg., 1 Pfd. 95 Pfg., bei 5 Pfd. 90 Pfg. pro Pfund empfiehlt  
**Allois Zanetti, Kaiserstr. 64**  
Telephon 2107 177  
Butter, Käse Engros und Detail.

**Pfannkuch & Co.**

**Caramell-Osterhasen**  
Pfd. **75** Pfg.

**Chocolade-Ostereier**  
Stück **5** Pfg.

**Zucker-Eier**  
Stück **5** Pfg.

**Likör-Eier**  
1/4 Pfd. **15** Pfg.

**Lebkuchen-Ostereier**  
p. St. **5 u. 10** Pfg.

**Pfannkuch & Co.**  
G. m. b. H.  
in den bekannten Verkaufsstellen.

Ein großer Posten Damen-, Kinder-Strümpfe in Sorten wird billig abgegeben. Beste Kaufgelegenheit. Jede Krieg- u. Aronenkarte bei David. Mitglied des Rabattparvereins.

Die k...  
In der...  
Ausgabe...  
Preis...  
am...  
Die k...  
Dr...  
In der...  
Geistlich...  
stättig...  
lungen...  
über...  
unerwün...  
Ergebnis...  
merkwürd...  
„Zeitung“...  
helms II...  
Berliner...  
ersten Blic...  
nur dann...  
trumpfpre...  
unter die...  
unter feine...  
lammen W...  
so die Erff...  
zu widerle...  
Die off...  
lichung der...  
würde der...  
bradit wer...  
um einen...  
hande. N...  
Zentrums...  
charakter d...  
er den Ra...  
aufgabe be...  
ratten, so...  
denjo wen...  
jung einer...  
wären. M...  
türlich der...  
hohen Abo...  
Privatmen...  
und preis...  
wolle, um...  
fatholische...  
Kerkerung...  
ihre durch...  
eine oder...  
bereitete...  
lands polit...  
rung, gerat...  
baren Lebe...  
von entse...  
werden.  
Mit fom...  
Berufung...  
ist noch...  
haltungs...  
Brief „fein...  
fatholische...  
sien und d...  
es vollkom...  
liche Priv...  
Rapp über...  
Nur in...  
fränklich...  
Zeugnis für...  
liche Kirche...  
des Kaisers...  
werden kon...  
dem zweiter...  
daß es etw...  
gemeien fei...  
meine Zeit...  
Das pro...  
persönlicher...  
mit der kat...  
freundet sei...  
der Hohenz...  
sen der pr...  
ihrem Gru...  
Anspruch de...  
Zaubermit...  
keriale D...  
monarchische...  
der Krone u...  
leite darauf...  
sichem Guld...  
Beren der...  
Guldigung...  
ihre Gläub...  
Origkeit, g...  
Kirche als...  
Wenn n...  
loist zum E...